



Kanton Zürich
Regierungsrat

Eidgenössische Departement für Verteidigung,
Bevölkerungsschutz und Sport
Bundeshaus Ost 3003 Bern

GENERALSEKRETARIAT VBS		
360.0-6/2		
C VBS	26. Aug. 2020	Fin VBS
GS		Pers VBS
PIC	✓ zur Kenntnis X Federführung	RU
Komm		X Recht
IOS		SiPol
BiG		BRG

19. August 2020 (RRB Nr. 787/2020)

**Änderung des Bundesgesetzes über die militärischen Informationssysteme
(Vernehmlassung)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 20. Mai 2020 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Änderung des Bundesgesetzes über die militärischen Informationssysteme (MIG, SR 510.91) zur Stellungnahme zugestellt. Wir danken für diese Gelegenheit und äussern uns wie folgt: Wir begrüssen die Änderungen des MIG mit dem Ziel, die notwendigen gesetzlichen Grundlagen zu schaffen bzw. anzupassen, um die erforderliche Bearbeitung von Personendaten in den Informationssystemen des VBS zu ermöglichen. Unseres Erachtens bedarf der Gesetzesentwurf allerdings einer Anpassung in folgendem Bereich:
Art. 17 MIG regelt die Aufbewahrungsfristen für die im Personalinformationssystem der Armee und des Zivilschutzes (PISA) erfassten Daten. Abs. 1-4^{quater} enthalten Aufbewahrungsfristen für bestimmte Daten bzw. Datensätze. Abs. 5 sieht für die übrigen, nicht von den vorangehenden Absätzen des Art. 17 MIG erfassten PISA-Daten eine generelle Aufbewahrungsdauer nach der Entlassung aus der Militär- oder Schutzdienstpflicht von längstens fünf Jahren vor. In einzelnen Fällen reichen diese fünf Jahre nicht aus. Dies ist beispielsweise bei Durchdienern der Fall, die nach der Erfüllung ihrer Militärdienstpflicht ins Ausland umziehen und nach fünf Jahren wieder in die Schweiz zurückkehren. In diesen Fällen werden regelmässig aufwendige Recherchen notwendig. Wir beantragen daher, die Aufbewahrungsdauer gemäss Art. 17 Abs. 5 MIG auf längstens zehn Jahre zu erweitern.

Es sollten keine Daten unterdrückt oder gelöscht werden, solange sie die Kantone zur Erfüllung ihrer Aufgaben gemäss Art. 1 Abs. 1 Bst. a MIG noch benötigen.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Bundesrätin,
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

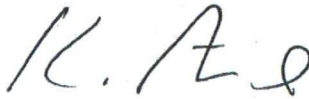
Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin:

Die Staatsschreiberin:



Dr. Silvia Steiner



Dr. Kathrin Arioli





Regierungsrat

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
info.regierungsrat@be.ch
www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 8

Eidgenössisches Departement
für Verteidigung, Bevölkerungsschutz
und Sport

Per Mail: alain.anderhub@vtg.admin.ch

Ihr Zeichen: 2. September 2020

Unser Zeichen: 2020.SIDGS.412

RRB Nr.: 995/2020

Direktion: Sicherheitsdirektion

Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Vernehmlassung des Bundes: Änderung des Bundesgesetzes über die militärischen Informationssysteme Stellungnahme des Kantons Bern

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Zustellung der Unterlagen zum titelerwähnten Geschäft. Gerne nehmen wir dazu wie folgt Stellung:

1. Grundsätzliches

Das Personalinformationssystem der Armee und des Zivilschutzes (PISA) ist das zentrale Element zur Erfüllung der kantonalen Aufgaben betreffend die Erfüllung der Militärdienstpflicht gemäss Artikel 59 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft (BV). Zu den kantonalen Aufgaben gehören:

- a) die Zuführung zum Militärdienst (Ersterfassung, Orientierungstage und Aufgebote zur Rekrutierung sowie Einbürgerungen);
- b) die Erhebung der Wehrpflichtersatzabgabe von Dienstuntauglichen, Schutzdiensttauglichen sowie Dienstverschiebenden, welche Militär- oder Zivildienst vollständig oder nur teilweise leisten;
- c) die Registerführung, das Dienstverschiebungswesen und die Entlassungen aus der Militärdienstpflicht zugunsten der Armee;
- d) Registerführung und Leistung des Schutzdienstes.

Für die Zuführung zum Militärdienst und die Registerführung (Änderungen der Personendaten und Adressen) werden die notwendigen Daten heute elektronisch aus den Personenregistern des Kantons (GERES) bezogen. Dabei werden alle Schweizer Bürger vollständig ab Ersterfassung oder Einbürgerung im PISA erfasst, unabhängig davon, auf welche Art sie später ihre verfassungsmässigen Pflichten erfüllen werden.

Für die Erhebung der Wehrpflichtersatzabgabe wird, soweit möglich und vorhanden, auf die Daten des PISA abgestellt. Dasselbe gilt für die Rückerstattung der Ersatzabgabe im Falle der vollständig geleisteten Dienstpflicht. Zu diesem Zweck, sowie zur Nachführung der Personendaten ist das System Wehrpflichtersatz mit dem PISA über eine Schnittstelle verbunden. Das System ist damit auf die korrekte zeitliche Verfügbarkeit der Daten bis zur vollständigen Leistung der Ersatzabgabe bzw. bei Dienstverschiebungen (Militär- oder Zivildienst) bis nach dem Zeitpunkt der vollständig geleisteten Dienste angewiesen. Nach vollständiger Leistung der Dienste sind die einbezahlten Ersatzabgaben von Amtes wegen zurück zu erstatten.

Zu unserem Bedauern werden die Dienstleistungen des Zivildienstes, im Gegensatz zum Schutzdienst, noch nicht im PISA nachgeführt. Die für den Wehrpflichtersatz notwendigen Personen- und Adressdaten hingegen lassen sich über die Standardschnittstelle GERES-PISA bis zum Wehrpflichtersatz effizient bewirtschaften.

Wir bitten Sie, bei der vorliegenden Revision die Bedürfnisse der Kantone für eine effiziente und sichere Bewirtschaftung der Personendaten insbesondere auch für die Erhebung und allfällige Rückerstattung von Ersatzabgaben für alle von der Militärdienstpflicht Betroffenen aufzunehmen bzw. beizubehalten. Insbesondere dürfen keine Daten unterdrückt oder gelöscht werden, solange sie die Kantone zur Erfüllung ihrer Aufgaben gemäss Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a MIG noch benötigen.

2. Anträge

2.1 Antrag zu Artikel 8 (Aufbewahrung, Archivierung und Vernichtung der Daten)

Im erläuternden Bericht ist anzumerken, dass vor einer Löschung der Daten die diesbezüglichen Bedürfnisse der Kantone gemäss Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a MIG unbedingt zu berücksichtigen sind. Die Daten sind fallweise über das 65. Altersjahr zur Verfügung zu halten.

Begründung

Wir begrüssen die kurzgehaltene Formulierung des Artikels 8. Wie jedoch bereits in den vorhergehenden grundsätzlichen Bemerkungen erläutert, sind die Kantone auf die korrekte zeitliche Verfügbarkeit der Daten bis zur vollständigen Leistung der Ersatzabgabe angewiesen. Insbesondere im Zusammenhang mit der Dienstpflichtererfüllung von Spezialisten und der allfälligen Rückerstattung von Ersatzabgaben als Folge von Dienstverschiebungen derselben ist die fallweise Aufbewahrung der Daten über das 65. Altersjahr hinaus von zentraler Bedeutung.

2.2 Antrag zu Artikel 14 Absatz 1 (Daten)

Wir beantragen, Artikel 14 Absatz 1 wie folgt zu ergänzen:

¹ Das PISA enthält folgende Daten *der Meldepflichtigen*, der Stellungspflichtigen, der Militärdienstpflichtigen, des für die Friedensförderung vorgesehenen Personals sowie von Zivilpersonen, die von der Truppe betreut oder für einen befristeten Einsatz der Armee beigezogen werden:

Begründung

Die Ergänzung der „Meldepflichtigen“ gewährleistet die Abdeckung sämtlicher Personen, auch der Untauglichen.

2.3 Anträge zu Artikel 14 Absatz 2 (Daten)

Wir beantragen, den Einleitungssatz zu Artikel 14 Absatz 2 wie folgt anzupassen:

² Es enthält folgende Daten der *Militärdienstpflichtigen, die den freiwilligen Ersatzdienst leisten*:

Weiter beantragen wir, Artikel 14 Absatz 2 mit einem Buchstaben c zu ergänzen:

c. Adress- und Zivilstandsdaten, die für die Behörden der Kantone nach dem Zulassungsentscheid weiterhin benötigt werden.

Begründung

In der BV sind zwei nationale Dienstpflichten verankert: die Militärdienstpflicht (Artikel 59 Absatz 1) und die Schutzdienstpflicht (Artikel 61 Absatz 3). Zudem sieht das Gesetz einen zivilen Ersatzdienst zum Militärdienst (Zivildienst, Artikel 59 Absatz 1) vor. Personen, die Zivildienst leisten, erfüllen somit ihre Militärdienstpflicht. Eine Zivildienstpflicht, die erfüllt werden könnte, kennt die BV nicht. Entsprechend ist auf die Verwendung dieses Begriffs zu verzichten.

Wie eingangs erwähnt, sind die Kantone für die ihnen zugewiesenen Aufgaben im Rahmen der Erfüllung von Artikel 59 BV auf effiziente Prozesse, insbesondere die Nutzung der vorhandenen elektronischen Systeme, angewiesen. Das PISA ist dazu ab der Ersterfassung das zentrale System, da Zivilstands- und Adressdaten über Schnittstellen aus dem GERES ins PISA transferiert werden. Dies gilt auch für Zivildienstleistende, die Ersatzabgaben leisten sowie für Dienstuntaugliche. Aus diesen Gründen muss für die Kantone weiter die Möglichkeit bestehen bleiben, dass solche Daten für Zivildienstleistende (und Dienstuntaugliche) über die bestehenden Schnittstellen bis zum Ersatzpflichtsystem elektronisch und im gleichen „Arbeitsgang“ wie für die Kontrollaufgaben des Militärs gepflegt werden können. Ausserdem wird gemäss der Formulierung von Artikel 15 Absatz 2 Buchstabe c vorausgesetzt, dass die „kantonalen Militärverwaltungen“ auch die Wehrpflichtersatzabgaben erheben und diese damit zu den „Militäraufgaben“ gehören.

Mittelfristig wäre es aus Gründen der Effizienz zu begrüßen, wenn die Führung der geleisteten Zivildiensttage durch die ZIVI-Stelle ebenfalls über das PISA erfolgen würde.

2.4 Antrag zu Artikel 17 (Datenaufbewahrung)

Wie im Antrag zu Artikel 8 bereits beschrieben, ist auch hier im erläuternden Bericht zu erwähnen, dass die Daten solange aufbewahrt werden müssen, wie die kantonalen Behörden von diesen Gebrauch machen.

Begründung

Auch in diesem Zusammenhang sind die Kantone zur Erfüllung ihrer Aufgaben gemäss Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a unter Umständen auf eine längere Verfügbarkeit der Daten angewiesen.

2.5 Antrag zu Artikel 17 Absatz 3 (Datenaufbewahrung)

Wir beantragen, Absatz 3 folgendermassen anzupassen:

³ Daten über die Entlassung aus dem Schweizer Bürgerrecht und über den Tod werden *mindestens* bis zu dem Jahr geführt, in dem die betreffende Person *das 40. Altersjahr erreicht, höchstens aber bis zu dem Jahr, in dem die Person nach Jahrgang* aus der Militärdienst- oder Schutzdienstpflicht entlassen worden wäre.

Begründung

Die Mannschaft wird seit der Weiterentwicklung der Armee (WEA) grossmehrheitlich nicht mehr nach Jahrgang, sondern nach Verweildauer entlassen. Das gleiche Prinzip wird nach der voraussichtlich per Anfang 2021 in Kraft tretenden Revision des Bevölkerungsschutz- und Zivilschutzgesetzes (BZG) auch für Schutzdienstleistende gelten. Unser Änderungsantrag bringt damit keine Änderung der Praxis mit sich, sondern lediglich eine Präzisierung des Gesetzestextes. Das 40. Altersjahr als Grenze zu setzen, erscheint aus zwei Gründen sinnvoll. Erstens erfolgt die Leistung der Wehrpflichtersatzabgabe je nach Einbürgerungsjahr oder Mutation bis zum 36. Altersjahr. Zweitens wird das Gros der Armee im Alter von 40 Jahren entlassen. Auch die Daten der Personen, die als doppelt untauglich eingestuft werden, müssen bis zum 40. Altersjahr aufbewahrt werden. Nur wenn die Daten so lange aufbewahrt werden, können die Wehrpflichtersatzverwaltungen die Veranlagungen auch noch bei älteren Personen vornehmen.

2.6 Antrag zu Artikel 17 Absatz 5 (Datenaufbewahrung)

Wir beantragen, Absatz 5 wie folgt zu ergänzen:

⁵ Die übrigen Daten des PISA werden nach der Entlassung aus der Militärdienstpflicht, *der Schutzdienstpflicht, dem zivilen Ersatzdienst zur Erfüllung der Militärdienstpflicht oder der vollständig geleisteten Ersatzabgabe gemäss Artikel 59 BV und der Meldepflicht* während längstens fünf Jahren aufbewahrt.

Begründung

Durch diese Ergänzung ist die Verfügbarkeit sämtlicher relevanter Personendaten für den Bezug der Wehrpflichtersatzabgabe sichergestellt.

3. Weiteres

Aus unserer Sicht sollten auch die Daten der Dienstuntauglichen und der Zivildienstleistenden solange vom GERES über das PISA als führendes System zum Nachweis der Militärdienstpflichtenerfüllung gemäss Artikel 52 BV geschleust werden können, bis auch die Ersatzpflicht (Wehrpflichtersatz) erfüllt ist. Dies ist im Kanton Bern bereits heute der Fall. Eine schweizweite Vereinheitlichung wäre in diesem Zusammenhang zu begrüssen. Die Meldepflicht der Dienstpflichtigen (heute Militär- und Schutzdienst) ist im Kanton Bern gemäss Artikel 5 und Anhang 4 der Verordnung über die Harmonisierung amtlicher Register (RegV) ausserdem erfüllt, wenn sie sich bei den Gemeinden ordentlich an- bzw. abmelden.

Die Datenschutzaufsichtsstelle des Kantons Bern weist zudem darauf hin, dass sich der Revisionsentwurf konsequent auf das aktuelle Datenschutzgesetz des Bundes bezieht, welches voraussichtlich bis zum Inkrafttreten der Änderung des MIG durch ein totalrevidiertes neues Gesetz abgelöst sein dürfte. Es empfiehlt sich, diese Revision im Auge zu behalten. So dürfte der im MIG mehrfach verwendete Begriff «Persönlichkeitsprofil» (bestimmter Bestand von Personendaten) durch das «Profiling»

(bestimmte Art des Bearbeitens) ersetzt werden, und Artikel 19 Absatz 3 DSG, der im erläuternden Bericht zur Begründung der vorgesehenen Aufhebung von Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a MIG herangezogen wird, wird im neuen Gesetz keine Entsprechung mehr haben.

Der Regierungsrat dankt Ihnen für die Berücksichtigung seiner Anträge und Hinweise.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates



Pierre Alain Schnegg
Regierungspräsident



Christoph Auer
Staatsschreiber

Verteiler

- Kantonale Datenschutzaufsichtsstelle
- Sicherheitsdirektion

Justiz- und Sicherheitsdepartement

Bahnhofstrasse 15
Postfach 3768
6002 Luzern
Telefon 041 228 59 17
justiz@lu.ch
www.lu.ch

Zustellung per Mail

alain.anderhub@vtg.admin.ch

Schweizer Armee

Luzern, 1. September 2020

Protokoll-Nr.: 994

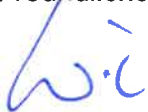
Änderung des Bundesgesetzes über die militärischen Informationssysteme

Sehr geehrter Herr Anderhub
Sehr geehrte Damen und Herren

Im Namen und Auftrag des Regierungsrates danken wir Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme im oben erwähnten Vernehmlassungsverfahren und äussern uns wie folgt:

Wir begrüssen die Schaffung von gesetzlichen Grundlagen und die Festlegung von klaren Regeln für die Informationssysteme des VBS. Uns ist es wichtig, dass diese Regeln das effiziente Bearbeiten der Daten nicht behindern. Das dürfte nach unserer Einschätzung mit der Vorlage erfüllt sein.

Freundliche Grüsse



Paul Winiker
Regierungsrat



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Eidgenössisches Departement für Verteidigung,
Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)
Recht Verteidigung
Papiermühlestrasse 14
3003 Bern

Änderung des Bundesgesetzes über die militärischen Informationssysteme; Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 20. Mai 2020 haben Sie uns gebeten, zu den titelerwähnten Änderungsentwürfen Stellung zu nehmen. Der Regierungsrat des Kantons Uri bedankt sich für diese Möglichkeit. Wir erlauben uns, folgende Bemerkungen anzufügen und Anträge zu formulieren:

- **Änderungen werden begrüsst:** Mit den vorliegenden Änderungen werden die notwendigen rechtlichen Grundlagen geschaffen oder angepasst, um die erforderliche Bearbeitung von Personendaten in den Informationssystemen des VBS zu ermöglichen. Der Kanton Uri begrüsst die vorgesehenen Änderungen.
- **Berücksichtigung des totalrevidierten BZG:** Das revidierte Bundesgesetz über die militärischen Informationssysteme (MIG; SR 510.91) dürfte 2022 in Kraft treten. Das eidgenössische Parlament hat am 20. Dezember 2019 das totalrevidierte Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (BZG; SR 520.1) verabschiedet. Mit dessen Inkrafttreten ist am 1. Januar 2021 zu rechnen. Es empfiehlt sich daher in den vorliegenden Dokumenten, durchgängig die einschlägigen Regelungen des totalrevidierten BZG zu berücksichtigen.
- **Datenaufbewahrung:** Gemäss Artikel 17 Absatz 5 MIG sollen die übrigen Daten des Personalsystems der Armee und des Zivilschutzes (PISA) nach der Entlassung aus der Militär- oder Schutz-

dienstplicht während längstens fünf Jahren aufbewahrt werden. In einzelnen Fällen reichen diese fünf Jahre nicht aus. Dies beispielsweise bei Durchdienern, die nach der Erfüllung ihrer Militärdienstpflicht ins Ausland umziehen und nach fünf Jahren wieder in die Schweiz zurückkehren. In diesen Fällen werden regelmässig aufwendige Recherchen notwendig. Wir beantragen daher, die Aufbewahrungsdauer gemäss Artikel 17 Absatz 5 auf längstens zehn Jahre zu erweitern. Insgesamt ersuchen wir Sie, bei der vorliegenden Revision die Bedürfnisse der Kantone für eine effiziente und sichere Bewirtschaftung der Personendaten aufzunehmen bzw. beizubehalten. Es sollten keine Daten unterdrückt oder gelöscht werden, solange sie die Kantone zur Erfüllung ihrer Aufgaben gemäss Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a MIG noch benötigen.

- **Erweiterung von PISA auf den Zivildienst:** Für die Erhebung der Wehrpflichtersatzabgabe sowie für die Rückerstattung der Ersatzabgabe im Fall der vollständig geleisteten Dienstpflicht wird auf die Daten des PISA abgestellt. Dazu, sowie zur Nachführung der Personendaten, ist das System Wehrpflichtersatz mit dem PISA über eine Schnittstelle verbunden. Das System ist auf die zeitliche Verfügbarkeit der Daten bis zur vollständigen Leistung der Ersatzabgabe bzw. bei Dienstverschiebungen (Militär- oder Zivildienst) bis nach dem Zeitpunkt der vollständig geleisteten Dienste angewiesen. Leider werden die Dienstleistungen des Zivildiensts, im Gegensatz zum Schutzdienst, noch nicht im PISA nachgeführt. Mittelfristig wäre es aus Gründen der Effizienz zu begrüssen, wenn die Führung der geleisteten Zivildiensttage durch die ZIVI-Stelle ebenfalls über das PISA erfolgen würde. Wir ersuchen Sie darum, eine Erweiterung von PISA auf den Zivildienst zu prüfen.

Sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 25. August 2020



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

Der Kanzleidirektor

Urban Camenzind

Roman Balli



6431 Schwyz, Postfach 1260

per E-Mail

VBS

3003 Bern

elektronisch an: alain.anderhub@vtg.admin.ch

Schwyz, 8. September 2020

VBS: Änderung des Bundesgesetzes über die militärischen Informationssysteme

Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 20. Mai 2020 hat das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) den Kantonsregierungen die Unterlagen zur Änderung des Bundesgesetzes über die militärischen Informationssysteme vom 3. Oktober 2008 (MIG, SR 510.91) zur Vernehmlassung bis 11. September 2020 unterbreitet.

Für die Möglichkeit zur Stellungnahme danken wir Ihnen bestens, indes verzichtet der Kanton Schwyz auf die Einreichung einer Vernehmlassung.

Mit freundlichen Grüssen

Im Namen des Regierungsrates:

Petra Steimen-Rickenbacher
Landammann



Dr. Mathias E. Brun
Staatschreiber

Kopie an:

- die Schwyzer Mitglieder der Bundesversammlung.



CH-6061 Sarnen, Postfach 1561, SJD

Per E-Mail an:

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
VBS
3003 Bern

alain.anderhub@vtg.admin.ch

Referenz/Aktenzeichen: OWSTK.3788
Unser Zeichen: fu

Sarnen, 13. August 2020

Änderung des Bundesgesetzes über die militärischen Informationssysteme; Stellungnahme

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Gelegenheit der Stellungnahme zur Änderung des Bundesgesetzes über die militärischen Informationssysteme danken wir Ihnen.

Mit den vorliegenden Änderungen werden die notwendigen rechtlichen Grundlagen geschaffen oder angepasst, um die erforderliche Bearbeitung von Personendaten in den Informationssystemen des VBS zu ermöglichen. Da unser Militärverwaltung zur Ausübung Ihrer Pflicht der Kontrollführung im Adresswesen, Dienstverschiebungen, usw. auf solide rechtliche Grundlagen angewiesen ist, werden die Änderungen begrüsst.

Wir basieren in unserer Stellungnahme auf den Bemerkungen der Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz und Feuerwehr (RK MZF) und bitten Sie die folgenden Anträge zu berücksichtigen.

Berücksichtigung des totalrevidierten BZG

Das revidierte MIG dürfte 2022 in Kraft treten. Das Eidgenössische Parlament hat am 20. Dezember 2019 das totalrevidierte Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (BZG) verabschiedet. Mit dessen Inkrafttreten ist am 1. Januar 2021 zu rechnen. Es empfiehlt sich daher in den vorliegenden Dokumenten, durchgängig die einschlägigen Regelungen des totalrevidierten BZG zu berücksichtigen.

Datenaufbewahrung

Gemäss Art. 17 Abs. 5 sollen die übrigen Daten des Personalsystems der Armee und des Zivilschutzes (PISA) nach der Entlassung aus der Militär- oder Schutzdienstpflicht während längstens fünf Jahren aufbewahrt werden. In einzelnen Fällen reichen diese fünf Jahre nicht aus. Dies beispielsweise bei Durchdienern, die nach der Erfüllung ihrer Militärdienstpflicht ins Ausland umziehen und nach fünf Jahren wieder in die Schweiz zurückkehren oder für den Bezug von Wehrpflichtersatzabgaben von Auslandsrückkehrer (Verjährungsfrist gemäss WPEG Art. 38 maximal zehn Jahre durch Stillstand und Unterbrechung). In diesen Fällen werden regelmässig aufwendige Recherchen notwendig. Wir beantragen daher, die Aufbewahrungsdauer gemäss Art. 17 Abs. 5 auf längstens zehn Jahre zu erweitern. Insgesamt ersuchen wir Sie, bei der vorliegenden Revision die Bedürfnisse der Kantone für eine effiziente und sichere Bewirtschaftung der Personendaten aufzunehmen bzw. beizubehalten. Es sollten keine Daten unterdrückt oder gelöscht werden, solange sie die Kantone zur Erfüllung ihrer Aufgaben gemäss Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a MIG noch benötigen.

Erweiterung von PISA auf den Zivildienst

Für die Erhebung der Wehrpflichtersatzabgabe sowie für die Rückerstattung der Ersatzabgabe im Fall der vollständig geleisteten Dienstpflicht wird auf die Daten des PISA abgestellt. Dazu, sowie zur Nachführung der Personendaten, ist das System Wehrpflichtersatz mit dem PISA über eine Schnittstelle verbunden. Das System ist auf die zeitliche Verfügbarkeit der Daten bis zur vollständigen Leistung der Ersatzabgabe bzw. bei Dienstverschiebungen (Militär- oder Zivildienst) bis nach dem Zeitpunkt der vollständig geleisteten Dienste angewiesen. Leider werden die Dienstleistungen des Zivildienstes, im Gegensatz zum Schutzdienst, noch nicht im PISA nachgeführt. Mittelfristig wäre es aus Gründen der Effizienz zu begrüssen, wenn die Führung der geleisteten Zivildiensttage durch die ZIVI-Stelle ebenfalls über das PISA erfolgen würde. Wir ersuchen Sie darum, eine Erweiterung von PISA auf den Zivildienst zu prüfen. Alternativ ist eine Schnittstelle von E-Zivi zu den Systemen der Wehrpflichtersatzabgaben anzustreben.

Wir danken Ihnen, sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Ausführungen.

Freundliche Grüsse

Christoph Amstad
Regierungsrat

Kopie an:

- Kantonale Mitglieder der Bundesversammlung
- Kantonspolizei
- Datenschutzbeauftragter OW/NW/SZ
- Staatskanzlei (Kommunikation)



CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL

Eidg. Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS
Frau Bundesrätin Viola Amherd
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 8. September 2020

Änderung des Bundesgesetzes über die militärischen Informationssysteme. Stellungnahme

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 20. Mai 2020 haben Sie den Kanton Nidwalden in der erwähnten Angelegenheit zur Stellungnahme eingeladen. Für diese Möglichkeit zur Mitwirkung möchten wir uns herzlich bedanken.

1 Allgemeines

Mit den vorliegenden Änderungen werden die notwendigen rechtlichen Grundlagen geschaffen oder angepasst, um die erforderliche Bearbeitung von Personendaten in den Informationssystemen des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) zu ermöglichen. Der Kanton Nidwalden begrüsst die vorgesehenen Änderungen.

Das revidierte Bundesgesetz über die militärischen Informationssysteme (MIG) dürfte 2022 in Kraft treten. Das Eidgenössische Parlament hat am 20. Dezember 2019 das totalrevidierte Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivildienst (BZG) verabschiedet. Mit dessen Inkrafttreten ist am 1. Januar 2021 zu rechnen. Es empfiehlt sich daher in den vorliegenden Dokumenten, durchgängig die einschlägigen Regelungen des totalrevidierten BZG zu berücksichtigen.

Für die Erhebung der Wehrpflichtersatzabgabe sowie für die Rückerstattung der Ersatzabgabe im Fall der vollständig geleisteten Dienstpflicht wird auf die Daten des PISA abgestellt. Dazu, sowie zur Nachführung der Personendaten, ist das System Wehrpflichtersatz mit dem PISA über eine Schnittstelle verbunden. Das System ist auf die zeitliche Verfügbarkeit der Daten bis zur vollständigen Leistung der Ersatzabgabe bzw. bei Dienstverschiebungen (Militär- oder Zivildienst) bis nach dem Zeitpunkt der vollständig geleisteten Dienste angewiesen. Leider werden die Dienstleistungen des Zivildienstes, im Gegensatz zum Schutzdienst, noch nicht im PISA nachgeführt. Mittelfristig wäre es aus Gründen der Effizienz zu begrüssen, wenn die Führung der geleisteten Zivildiensttage durch die ZIVI-Stelle ebenfalls über das PISA erfolgen würde. Wir ersuchen Sie darum, eine Erweiterung von PISA auf den Zivildienst zu prüfen.

2 Zu den einzelnen Bestimmungen

Art. 17 Abs. 5: Die übrigen Daten des Personalsystems der Armee und des Zivilschutzes (PISA) sollen nach der Entlassung aus der Militär- oder Schutzdienstpflicht während längstens fünf Jahren aufbewahrt werden. In einzelnen Fällen reichen diese fünf Jahre nicht aus. Dies beispielsweise bei Durchdienern, die nach der Erfüllung ihrer Militärdienstpflicht ins Ausland umziehen und nach fünf Jahren wieder in die Schweiz zurückkehren. In diesen Fällen werden regelmässig aufwendige Recherchen notwendig. Wir beantragen daher, die Aufbewahrungsdauer gemäss Art. 17 Abs. 5 auf längstens zehn Jahre zu erweitern. Insgesamt ersuchen wir Sie, bei der vorliegenden Revision die Bedürfnisse der Kantone für eine effiziente und sichere Bewirtschaftung der Personendaten aufzunehmen bzw. beizubehalten. Es sollten keine Daten unterdrückt oder gelöscht werden, solange sie die Kantone zur Erfüllung ihrer Aufgaben gemäss Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a MIG noch benötigen.

Zusammenfassend halten wir fest, dass wir die Vorlage – unter Vorbehalt der oben erwähnten Anträge – klar unterstützen. Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme bei Ihren weiteren Arbeiten.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES



Dr. Othmar Filliger
Landammann



lic. iur. Armin Eberli
Landschreiber

Geht an:

- alain.anderhub@vtg.admin.ch

Eidgenössisches Departement
für Verteidigung, Bevölkerungsschutz
und Sport
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Glarus, 8. September 2020
Unsere Ref: 2020-92

Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über die militärischen Informationssysteme

Hochgeachtete Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie gaben uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und erlauben uns mitzuteilen, dass wir keine Bemerkungen zur Vorlage anzubringen haben.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

Für den Regierungsrat



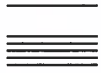
Dr. Andrea Bettiga
Landammann



Hansjörg Dürst
Ratsschreiber

E-Mail an: alain.anderhub@vtg.admin.ch

versandt am: **08. Sep. 2020**



Sicherheitsdirektion, Postfach, 6301 Zug

Nur per E-Mail

Eidgenössisches Departement
für Verteidigung, Bevölkerungs-
schutz und Sport VBS
Bundeshaus Ost
3003 Bern

T direkt +41 41 728 50 23
michael.siegrist@zg.ch
Zug, 17. August 2020 SIMC
SD SDS 7.11 / 267

**Änderung des Bundesgesetzes über die militärischen Informationssysteme
Vernehmlassung des Kantons Zug**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 20. Mai 2020 haben Sie die Kantonsregierungen in oben genannter Angelegenheit zur Stellungnahme bis 11. September 2020 eingeladen. Wir nehmen diese Gelegenheit gerne wahr. Der Regierungsrat des Kantons Zug hat die Sicherheitsdirektion mit der Einreichung einer Vernehmlassungsantwort beauftragt.

Nach Durchsicht der Vernehmlassungsunterlagen können wir Ihnen mitteilen, dass wir mit der Vorlage einverstanden sind. Änderungs- oder Ergänzungsanträge haben wir keine.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
Sicherheitsdirektion

Beat Villiger
Regierungsrat

Seite 2/2

Kopie an:

- Herr Alain Anderhub (alain.anderhub@vtg.admin.ch)
- Amt für Zivilschutz und Militär (info.azm@zg.ch)
- Datenschutzstelle (datenschutz.zug@zg.ch)
- Zuger Polizei (kommandooffice.polizei@zg.ch)
- Zuger Mitglieder der Bundesversammlung
- Staatskanzlei (info@zg.ch; zur Aufschaltung im Internet)



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

PAR COURRIEL

Département fédéral de la défense, de la
protection de la population et des sports DDPS
Madame Viola Amherd
Conseillère fédérale
Palais fédéral est
3003 Berne

Courriel : alain.anderhub@vtg.admin.ch

Fribourg, le 1^{er} septembre 2020

Modification de la loi fédérale sur les systèmes d'information de l'armée

Madame la Conseillère fédérale,

Nous nous référons à la consultation citée en titre. Dans le délai imparti et après consultation de la Direction de la sécurité et de la justice, en particulier du Service de la protection de la population et des affaires militaires (SPPAM), ainsi que de l'Autorité cantonale de transparence et de la protection des données (ATPrD), le Conseil d'Etat fribourgeois vous fait part de sa détermination.

1. Remarques générales

Le Conseil d'Etat est favorable aux modifications, dans la mesure où elles visent à inscrire dans la loi les adaptations des diverses bases de données utilisées par l'armée et par la protection civile, ainsi que par les services connexes. Bien que cette loi soit très importante et qu'elle impacte l'activité du SPPAM – principalement pour l'accès aux données personnelles des militaires et des astreints à la protection civile via la plateforme PISA (SIPA en français) – les articles révisés ont uniquement une portée technique et ne modifient pas les procédures inhérentes à nos services cantonaux, ni la répartition des coûts entre la Confédération et les cantons.

2. En particulier

La loi prévoit d'inscrire clairement la gestion du personnel de la protection civile via la plateforme PISA. Ceci ne fait que confirmer la pratique actuelle.

En revanche, une question, voire une incohérence, se pose s'agissant du propriétaire de ces données. La protection civile étant une prérogative cantonale (LPPCi, RS 520.1, art 6), les données personnelles de ses astreints devraient également appartenir au canton. Or, l'ordonnance sur les systèmes d'information de l'armée (OSIAr, RS 510.911, version actuelle du 01.03.18 et révision au 01.07.20, annexe 1) indique que le maître du fichier pour PISA est le commandement de l'instruction. La LPPCi mentionne en outre (art 28) que l'utilisation de PISA est obligatoire.

Il faut toutefois ajouter que ces données sont également utilisées par le commandement d'arrondissement (canton) pour les contrôles (adresse, congé étranger) et servent également au bureau de la taxe d'exemption à l'obligation de servir (canton agissant pour la Confédération en application de la LTEO, RS 661).

3. Protection des données

3.1. Précisions nécessaires

Certaines précisions devraient être, selon nous, apportées aux dispositions suivantes :

- > Premièrement, devrait figurer à l'article 8 une indication du délai au terme duquel les données seront supprimées des archives ou à tout le moins, faire référence à la législation sur les archives fédérales ;
- > L'article 56 devrait préciser quels documents entrent dans la notion de « *documents personnels nécessaires à l'évaluation de prestations de conseil et de prise en charge* » ;
- > L'article 179p let. a fait mention des partenaires « potentiels », il conviendrait de préciser cette notion ;
- > Finalement, dans le cadre de la politique extérieure et de la politique de sécurité, l'article 186 al. 3 octroie la possibilité au Conseil fédéral de conclure des accords internationaux sur le traitement transfrontalier de données personnelles non sensibles ; des précisions concernant les situations dans lesquelles cette disposition s'applique semblent nécessaires.

3.2. Délais de conservation des données

En outre, dans la mesure du possible, la durée de conservation des données devrait être réduite. Il en va tout particulièrement des articles 125 al. 2, 131, 143 al. 1 et 2, 173 et 179r al. 2.

3.3. Communication des données

Lorsqu'il est question d'une communication, il conviendrait de préciser si elle s'effectue d'office ou sur demande des intéressés.

3.4. Changement de l'intitulé du Chapitre 6 Section 1

Au chapitre 6 section 1, l'actuelle version de la LSIA fait mention du « *Système d'information du service des sinistres du DDPS* » (SI SIN). Or, le projet de révision lui, mentionne le « *Système d'information du Centre de dommages du DDPS* » (SI CEDO). Ainsi, l'intitulé de la section 1 du chapitre 6 devrait être également modifié comme suit « *Système d'information du Centre de dommages du DDPS* ».

3.5. Accès en ligne

Le Conseil d'Etat part de l'idée qu'une gestion des accès est mise en place avec une journalisation de ces derniers.

3.6. Suppression de l'article 47 al. 1

La conservation des données médicales et psychologiques dans des archives distinctes de celles des autres données offrait une meilleure garantie aux personnes concernées, notamment au vu des différents délais de conservation. Le Conseil d'Etat regrette son abrogation.

Pour le surplus, le Conseil d'Etat fribourgeois n'a pas d'autres remarques particulières à formuler concernant cette consultation.

Nous vous remercions de nous avoir donné la possibilité de nous exprimer dans le cadre de cette consultation et nous vous prions d'agréer, Madame la Conseillère fédérale, l'expression de nos respectueuses salutations.

Au nom du Conseil d'Etat :

Anne-Claude Demierre, Présidente



AC Demierre

Anne-Claude Demierre
2.9.2020



SEQ Signature électronique qualifiée · Droit suisse
Signé sur Skribble.com

Danielle Gagnaux-Morel, Chancelière d'Etat

DG

Danielle Gagnaux-Morel
2.9.2020



SEQ Signature électronique qualifiée · Droit suisse
Signé sur Skribble.com

L'original de ce document est établi en version électronique

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
so.ch

GENERALSEKRETARIAT VBS		
360.0-6/2		
<input checked="" type="checkbox"/> C VBS	10. Sep. 2020	Fin VBS
<input checked="" type="checkbox"/> GS		Pers VBS
PIC	<input checked="" type="checkbox"/> zur Kenntnis <input checked="" type="checkbox"/> Federführung	RU
Komm		<input checked="" type="checkbox"/> Recht
IOS		SiPol
BiG		BRG

Eidgenössisches Departement für
Verteidigung, Bevölkerungsschutz
und Sport VBS
Frau Bundesrätin
Viola Amherd
Bundeshaus Ost
3003 Bern

8. September 2020

Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über die militärischen Informationssysteme; Stellungnahme

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 20. Mai 2020 haben Sie uns zur Stellungnahme bezüglich der Änderung des Bundesgesetzes über die militärischen Informationssysteme eingeladen¹. Wir nutzen gerne diese Möglichkeit indem wir uns dazu wie folgt äussern:

- **Änderungen werden begrüsst:** Mit den vorliegenden Änderungen werden die notwendigen rechtlichen Grundlagen geschaffen oder angepasst, um die erforderliche Bearbeitung von Personendaten in den Informationssystemen des VBS zu ermöglichen. Wir begrüssen die vorgesehenen Änderungen.
- **Berücksichtigung des totalrevidierten BZG:** Das revidierte MIG dürfte 2022 in Kraft treten. Das Eidgenössische Parlament hat am 20. Dezember 2019 das totalrevidierte Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (BZG) verabschiedet. Mit dessen Inkrafttreten ist am 1. Januar 2021 zu rechnen. Es empfiehlt sich daher in den vorliegenden Dokumenten, durchgängig die einschlägigen Regelungen des totalrevidierten BZG zu berücksichtigen.
- **Datenaufbewahrung:** Gemäss Art. 17 Abs. 5 sollen die übrigen Daten des Personalsystems der Armee und des Zivilschutzes (PISA) nach der Entlassung aus der Militär- oder Schutzdienstpflicht während längstens fünf Jahren aufbewahrt werden. In einzelnen Fällen reichen diese fünf Jahre nicht aus. Dies beispielsweise bei Durchdienern, die nach der Erfüllung ihrer Militärdienstpflicht ins Ausland umziehen und nach fünf Jahren wieder in die Schweiz zurückkehren. In diesen Fällen werden regelmässig aufwendige Recherchen notwendig. Wir beantragen daher, die Aufbewahrungsdauer gemäss Art. 17 Abs. 5 auf längstens zehn Jahre zu erweitern. Insgesamt ersuchen wir Sie, bei der vorliegenden Revision die Bedürfnisse der Kantone für eine effiziente und sichere Bewirtschaftung der Personendaten aufzunehmen bzw. beizubehalten. Es sollten keine Daten unterdrückt oder gelöscht werden, solange sie die

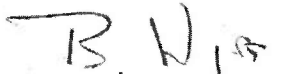
¹ MIG sowie Verordnung über die militärischen Informationssysteme (MIV) und Verordnung über den Nachrichtendienst der Armee (V-NDA).

Kantone zur Erfüllung ihrer Aufgaben gemäss Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a MIG noch benötigen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüssen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES


Brigit Wyss
Frau Landammann


Andreas Eng
Staatsschreiber



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 80 54
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Eidgenössisches Departement für Verteidigung,
Bevölkerungsschutz und Sport VBS

per Mail an:
alain.anderhub@vtg.admin.ch

Basel, 26. August 2020

Regierungsratsbeschluss vom 25. August 2020
Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über die militärischen Informationssysteme

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 20. Mai 2020 von Frau Bundesrätin Viola Amherd wurden dem Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt der Vernehmlassungsentwurf und der erläuternde Bericht zur Änderung des Bundesgesetzes über die militärischen Informationssysteme (MIG) unterbreitet.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und teilen Ihnen mit, dass der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt die Änderung des Bundesgesetzes über die militärischen Informationssysteme begrüsst. In Art. 17 Abs. 5 MIG regen wir an, die Aufbewahrungsdauer auf längstens zehn Jahre zu erweitern, um in einzelnen Fällen die aufwendigen Recherchen zu verhindern. Insgesamt ersuchen wir Sie, bei der vorliegenden Revision die Bedürfnisse der Kantone für eine effiziente und sichere Bewirtschaftung der Personendaten aufzunehmen bzw. beizubehalten. Es sollten keine Daten unterdrückt oder gelöscht werden, solange sie die Kantone zur Erfüllung ihrer Aufgaben gemäss Art. 1 Abs. 1 lit. a MIG noch benötigen.

Ferner ersuchen wir Sie darum, eine Erweiterung des Personalinformationssystems der Armee (PISA) auf den Zivildienst zu prüfen. Leider werden die Dienstleistungen des Zivildienstes, im Gegensatz zum Schutzdienst, noch nicht im PISA nachgeführt. Mittelfristig wäre es aus Gründen der Effizienz zu begrüssen, wenn die Führung der geleisteten Zivildiensttage durch die ZIVI-Stelle ebenfalls über das PISA erfolgen würde.

Mit freundlichen Grüssen

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Elisabeth Ackermann
Präsidentin

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin

Regierungsrat BL, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössisches Departement für
Verteidigung, Bevölkerungsschutz
und Sport VBS
Bern
alain.anderhub@vtg.admin.ch

Liestal, 1. September 2020

Vernehmlassung
zur Änderung des Bundesgesetzes über die militärischen Informationssysteme (MIG)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Besten Dank für die Möglichkeit zur Meinungsäusserung.

1. Grundsätzliche Beurteilung der Revisionsvorlage

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft begrüsst die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen. Mit ihnen werden die notwendigen Rechtsgrundlagen geschaffen oder angepasst, um die zur gesetzlichen Aufgabenerfüllung erforderliche Personendatenbearbeitung in den Informationssystemen des VBS zu ermöglichen.

2. Bemerkungen zu einzelnen Revisionspunkten

2.1 Berücksichtigung des totalrevidierten Bundesgesetzes über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (BZG)

Das revidierte MIG wird voraussichtlich im Jahr 2022 in Kraft treten. Am 20. Dezember 2019 beschlossen die eidgenössischen Räte das totalrevidierte BZG, das am 1. Januar 2021 in Kraft treten dürfte. Es empfiehlt sich daher, in den unterbreiteten Dokumenten durchgängig die einschlägigen Regelungen des totalrevidierten BZG zu berücksichtigen.

2.2 Datenaufbewahrung

Nach Artikel 17 Absatz 5 des Revisionsentwurfs sollen die übrigen Daten des Personalsystems von Armee und Zivilschutz (PISA) nach der Entlassung aus der Militär- oder Schutzdienstpflicht während längstens fünf Jahren aufbewahrt werden. In einzelnen Fällen reichen diese fünf Jahre nicht aus, beispielsweise bei Durchdienern, die nach der Erfüllung ihrer Militärdienstpflicht ins Aus-

land umziehen und nach fünf Jahren wieder in die Schweiz zurückkehren. In diesen Fällen werden regelmässig aufwendige Recherchen notwendig.

Wir stellen daher den **Antrag**, die Aufbewahrungsdauer auf längstens zehn Jahre zu erweitern.

Insgesamt ersuchen wir Sie, bei der vorliegenden Revision die Bedürfnisse der Kantone für eine effiziente und sichere Bewirtschaftung der Personendaten aufzunehmen respektive beizubehalten. Es sollten keine Daten unterdrückt oder gelöscht werden, solange die Kantone sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben (Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a MIG) noch benötigen.

2.3 Erweiterung von PISA auf den Zivildienst

Für die Erhebung der Wehrpflichtersatzabgabe sowie für die Rückerstattung der Ersatzabgabe bei vollständig geleisteter Dienstpflicht wird auf die Daten des Personalinformationssystems der Armee (PISA) abgestellt. Zu diesem Zweck sowie zur Nachführung der Personendaten ist das System Wehrpflichtersatz mit dem PISA über eine Schnittstelle verbunden. Das System ist auf die zeitliche Verfügbarkeit der Daten bis zur vollständigen Leistung der Ersatzabgabe beziehungsweise bei Dienstverschiebungen (Militärdienst oder Zivildienst) bis nach dem Zeitpunkt der vollständig geleisteten Dienste angewiesen. Leider werden die Dienstleistungen des Zivildienstes – im Gegensatz zum Schutzdienst – noch nicht im PISA nachgeführt. Mittelfristig wäre es aus Gründen der Effizienz zu begrüssen, wenn die Führung der geleisteten Zivildiensttage durch die ZIVI-Stelle ebenfalls über das PISA erfolgen würde.

Wir stellen daher den **Antrag**, eine Erweiterung von PISA auf den Zivildienst zu prüfen.

Abschliessend hoffen wir, Ihnen mit unseren Hinweisen dienen zu können, und bedanken uns für eine wohlwollende Prüfung unserer Anliegen.

Hochachtungsvoll


Dr. Anton Lauber
Regierungspräsident



Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin

Kanton Schaffhausen
Regierungsrat
Beckenstube 7
CH-8200 Schaffhausen
www.sh.ch

T +41 52 632 71 11
F +41 52 632 72 00
staatskanzlei@ktsh.ch



Regierungsrat

Eidgenössisches Departement für
Verteidigung, Bevölkerungsschutz
und Sport VBS

Per E-Mail:
alain.anderhub@vtg.admin.ch

Schaffhausen, 1. September 2020

Änderung des Bundesgesetzes über die militärischen Informationssysteme; Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 20. Mai 2020 haben Sie die Kantone betreffend Änderung des Bundesgesetzes über die militärischen Informationssysteme (MIG) zur Stellungnahme eingeladen. Für diese Gelegenheit danken wir.

Der Kanton Schaffhausen ist mit den vorgesehenen Änderungen weitgehend einverstanden, regt jedoch folgende Anpassung an: Es sollen keine Daten gelöscht werden, solange sie die Kantone zur Erfüllung ihrer Aufgaben gemäss Art. 1 Abs. 1 lit. a MIG noch benötigen. In Art. 17 Abs. 5 MIG ersuchen wir Sie daher, die Aufbewahrungsdauer für Daten des Personalsystems der Armee und des Zivilschutzes (PISA) nach der Entlassung aus der Militär- oder Schutzdienstpflicht von fünf auf längstens zehn Jahre zu erweitern. In einzelnen Fällen reicht die vorgesehene Dauer von fünf Jahren nicht aus. Dies beispielsweise bei Durchdienern, die nach der Erfüllung ihrer Militärdienstpflicht ins Ausland umziehen und nach fünf Jahren wieder in die Schweiz zurückkehren.

Ferner nutzen wir die Gelegenheit, Sie zu bitten, eine Erweiterung des Personalinformationssystems der Armee (PISA) auf den Zivildienst zu prüfen. Bislang werden die Dienstleistungen des Zivildienstes, im Gegensatz zum Schutzdienst, noch nicht im PISA

nachgeführt. Mittelfristig wäre es aus Gründen der Effizienz zu begrüßen, wenn die Führung der geleisteten Zivildiensttage ebenfalls über das PISA erfolgen würde.



Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "M. Kessler".

Martin Kessler

Der Staatsschreiber:

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "Stefan Bilger".

Dr. Stefan Bilger



Regierungsrat, 9102 Herisau

Eidg. Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
3003 Bern

Dr. iur. Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. +41 71 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 13. August 2020

Eidg. Vernehmlassung; Änderung des Bundesgesetzes über die militärischen Informationssysteme; Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 20. Mai 2020 wurden die Kantonsregierungen vom Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) eingeladen, zur Vorlage einer Änderung des Bundesgesetzes über die militärischen Informationssysteme bis zum 11. September 2020 Stellung zu nehmen.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Der Regierungsrat begrüsst grundsätzlich die vorgesehenen Änderungen. Mit diesen werden die notwendigen rechtlichen Grundlagen geschaffen oder angepasst, um die erforderliche Bearbeitung von Personendaten in den Informationssystemen des VBS zu ermöglichen. Auf folgende Punkte ist explizit hinzuweisen:

- **Berücksichtigung des totalrevidierten BZG:** Das revidierte MIG dürfte 2022 in Kraft treten. Das Eidgenössische Parlament hat am 20. Dezember 2019 das totalrevidierte Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (BZG) verabschiedet. Mit dessen Inkrafttreten ist am 1. Januar 2021 zu rechnen. Es empfiehlt sich daher, in den vorliegenden Dokumenten durchgängig die einschlägigen Regelungen des totalrevidierten BZG zu berücksichtigen.
- **Datenaufbewahrung:** Gemäss Art. 17 Abs. 5 sollen die übrigen Daten des Personalsystems der Armee und des Zivilschutzes (PISA) nach der Entlassung aus der Militär- oder Schutzdienstpflicht während längstens fünf Jahren aufbewahrt werden. In einzelnen Fällen reichen diese fünf Jahre nicht aus. Dies beispielsweise bei Durchdienern, die nach der Erfüllung ihrer Militärdienstpflicht ins Ausland umziehen und nach fünf Jahren wieder in die Schweiz zurückkehren. In diesen Fällen werden regelmässig aufwendige Recherchen notwendig. Es wird daher beantragt, die Aufbewahrungsdauer gemäss Art. 17 Abs. 5 auf längstens zehn Jahre zu erweitern. Insgesamt sollten bei der vorliegenden Revision die Bedürfnisse der Kantone für eine effiziente und sichere Bewirtschaftung der Personendaten aufgenommen bzw. beibehalten und aus diesem Grund keine Daten unterdrückt oder gelöscht werden, solange die Kantone diese zur Erfüllung ihrer Aufgaben gemäss Art. 1 Abs. 1 lit. a MIG noch benötigen.

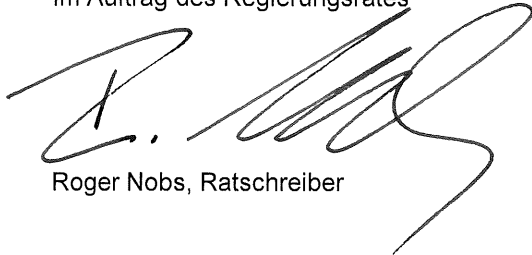


- **Erweiterung von PISA auf den Zivildienst:** Für die Erhebung der Wehrpflichtersatzabgabe sowie für die Rückerstattung der Ersatzabgabe im Fall der vollständig geleisteten Dienstpflicht wird auf die Daten des PISA abgestellt. Dazu sowie zur Nachführung der Personendaten ist das System Wehrpflichtersatz mit dem PISA über eine Schnittstelle verbunden. Das System ist auf die zeitliche Verfügbarkeit der Daten bis zur vollständigen Leistung der Ersatzabgabe bzw. bei Dienstverschiebungen (Militär- oder Zivildienst) bis nach dem Zeitpunkt der vollständig geleisteten Dienste angewiesen. Leider werden die Dienstleistungen des Zivildienstes, im Gegensatz zum Schutzdienst, noch nicht im PISA nachgeführt. Mittelfristig wäre es aus Gründen der Effizienz zu begrüßen, wenn die Führung der geleisteten Zivildienstage durch die ZIVI-Stelle ebenfalls über das PISA erfolgen würde. Der Regierungsrat regt darum an, eine Erweiterung von PISA auf den Zivildienst zu prüfen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates



Roger Nobs, Ratschreiber



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an
alain.anderhub@vtg.admin.ch

Appenzell, 19. August 2020

Änderung des Bundesgesetzes über die militärischen Informationssysteme Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 20. Mai 2020 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Änderung des Bundesgesetzes über die militärischen Informationssysteme zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft. Die vorgeschlagenen Änderungen werden grundsätzlich begrüsst. In Übereinstimmung mit den Anträgen der RK MZF werden folgende Anträge gestellt:

- In den vorliegenden Dokumenten sollten die einschlägigen Regelungen des totalrevidierten BZG berücksichtigt werden.
- In einzelnen Fällen reicht die fünfjährige Frist von Art. 17 Abs. 5 nicht aus. Die Aufbewahrungsdauer soll deshalb auf längstens zehn Jahre erweitert werden. Dies ermöglicht den Kantonen eine effiziente und sichere Bewirtschaftung der Personendaten. Es sollten keine Daten unterdrückt oder gelöscht werden, solange sie die Kantone zur Erfüllung ihrer Aufgaben gemäss Art. 1 Abs. 1 lit. a MIG noch benötigen.
- Das System ist auf die zeitliche Verfügbarkeit der Daten bis zur vollständigen Leistung der Ersatzabgabe sowie bei Dienstverschiebungen (Militär- oder Zivildienst) bis nach dem Zeitpunkt der vollständig geleisteten Dienste angewiesen. Die Führung der geleisteten Zivildiensttage durch die Zivildienststelle sollte ebenfalls über das PISA erfolgen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:


Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- Justiz-, Polizei- und Militärdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 10d, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)



Regierungsrat Fredy Fässler

Sicherheits- und Justizdepartement, Oberer Graben 32, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Departement für Verteidigung,
Bevölkerungsschutz und Sport VBS
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Sicherheits- und Justizdepartement
Oberer Graben 32
9001 St.Gallen
T 058 229 36 00
F 058 229 39 61

St.Gallen, 26. Juni 2020

GEVER 251.2-38

Änderung des Bundesgesetzes über die militärischen Informationssysteme

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 20. Mai 2020 haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen, zur Änderung des Bundesgesetzes über die militärischen Informationssysteme Stellung zu nehmen.

Wir sind mit den unterbreiteten Anpassungen einverstanden und verzichten auf ergänzenden Bemerkungen.

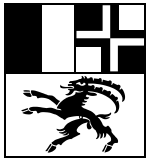
Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Fredy Fässler, lic.iur.
Regierungsrat

Zusätzlich per Mail (als word- und pdf-Version) an:

alain.anderhub@vtg.admin.ch



Sitzung vom

18. August 2020

Mitgeteilt den

18. August 2020

Protokoll Nr.

680

Eidgenössisches Departement für Verteidigung
Bevölkerungsschutz und Sport VBS
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Per E-Mail (PDF- und Word-Version) zustellen an:

alain.anderhub@vtg.admin.ch

Änderung des Bundesgesetzes über die militärischen Informationssysteme (MIG)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 20. Mai 2020 erhalten die Kantone Gelegenheit, sich zu erwähntem Geschäft zu äussern. Dafür danken wir Ihnen bestens.

Die uns zugesandte Dokumentation haben wir geprüft. Die Regierung begrüsst die Änderung des Bundesgesetzes über die militärischen Informationssysteme (MIG).

Voraussichtlich per 1. Januar 2021 wird das totalrevidierte Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (BZG) in Kraft treten. Entsprechend ist sicherzustellen, dass sich die Begrifflichkeiten in beiden Bundesgesetzen im Einklang befinden.

Abschliessend weisen wir Sie darauf hin, dass für die Erhebung der Wehrpflichtersatzabgabe sowie für die Rückerstattung der Ersatzabgabe im Fall der vollständig

geleisteten Dienstpflicht auf die Daten des Personalsystems der Armee und des Zivilschutzes (PISA) abgestellt wird. Dazu, sowie zur Nachführung der Personendaten, ist das System Wehrpflichtersatz mit dem PISA über eine Schnittstelle verbunden. Das System ist auf die zeitliche Verfügbarkeit der Daten bis zur vollständigen Leistung der Ersatzabgabe bzw. bei Dienstverschiebungen (Militär- oder Zivildienst) bis nach dem Zeitpunkt der vollständig geleisteten Dienste angewiesen. Leider werden die Dienstleistungen des Zivildienstes, im Gegensatz zum Schutzdienst, noch nicht im PISA nachgeführt. Mittelfristig wäre es aus Gründen der Effizienz zu begrüßen, wenn die Führung der geleisteten Zivildiensttage durch die ZIVI-Stelle ebenfalls über das PISA erfolgen würde. Wir ersuchen Sie darum, eine Erweiterung von PISA auf den Zivildienst zu prüfen.

Für die Berücksichtigung unserer Anliegen bedanken wir uns.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Dr. Chr. Rathgeb

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

31. Aug. 2020

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

A-Post Plus
Schweizer Armee
Bundeshaus Ost
3003 Bern

26. August 2020

Änderung des Bundesgesetzes über die militärischen Informationssysteme; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 20. Mai 2020 wurden die Kantonsregierungen eingeladen, im Rahmen einer Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über die militärischen Informationssysteme (MIG) Stellung zu nehmen. Der Regierungsrat des Kantons Aargau dankt Ihnen für diese Gelegenheit, die er gerne wahrnimmt.

Mit den vorliegenden Änderungen werden die notwendigen rechtlichen Grundlagen geschaffen oder angepasst, um die erforderliche Bearbeitung von Personendaten in den Informationssystemen des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) zu ermöglichen. Der Regierungsrat unterstützt die Vorlage. Sie trägt den hohen Anforderungen an die formell-gesetzlichen Grundlagen für die Erhebung und Bearbeitung von Personendaten Rechnung.

Die übrigen Daten des Personalsystems der Armee und des Zivilschutzes (PISA) sollen gemäss der Vorlage nach der Entlassung der betreffenden Personen aus der Militär- oder Schutzdienstpflicht während längstens fünf Jahren aufbewahrt werden. In einzelnen Fällen, etwa bei Durchdienern oder Personen mit längeren Auslandsaufenthalten, wird die Aufbewahrungsfrist nicht ausreichen. Zur Vermeidung aufwendiger Recherchen beantragt der Regierungsrat daher, die Aufbewahrungsdauer auf zehn Jahre zu erweitern (Art. 17 Abs. 5).

Die Eidgenössischen Räte haben am 20. Dezember 2019 das totalrevidierte Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (BZG) genehmigt. Es ist mit einem Inkrafttreten per 1. Januar 2021 zu rechnen. Daher empfiehlt es sich, in den Materialien zur Änderung des MIG durchgängig die einschlägigen Regelungen des totalrevidierten BZG zu berücksichtigen.

Mit der Gesetzesänderung wird für den Beizug Dritter explizit die Gewährleistung der Datensicherheit verlangt. Es stellt sich zudem die Frage, welche Aufgaben von der Bundesverwaltung selber erfüllt werden müssen. Bei der Gewährleistung der Datensicherheit sollte ein ausreichendes Know-how in der Verwaltung vorhanden sein. In sensiblen Bereichen muss eine fachliche Abhängigkeit von Dritten vermieden werden.

Der Regierungsrat unterstützt die Schaffung einer formell-gesetzlichen Rechtsgrundlage für das Informationssystem Präventiver Schutz der Armee (IPSA) des Diensts für präventiven Schutz der Armee (DPSA). Es erscheint aber heikel, wenn im IPSA allgemein Daten über die politische und ideologische Ausrichtung der Angehörigen der Armee gesammelt werden (Art. 167i Bst. e). Geprüft werden

könnte stattdessen, auf die Art einer Bedrohung abzustellen – also die Nähe einer Person insbesondere zu Terrorismus, verbotenen Nachrichtendienst oder gewalttätigem Extremismus (analog zum Nachrichtendienstgesetz).


Es wird zur Gesetzesklarheit beitragen, in den Materialien auf das Verhältnis zwischen DPSA und Nachrichtendienst des Bundes (NDB) einzugehen. Klärungsbedürftig erscheint etwa, ob für die Datenbeschaffung bei Nachrichtendiensten (Art. 167j Bst. c) auch solche Daten gemeint sind, welche vom NDB nur durch genehmigungspflichtige Massnahmen beschafft werden dürfen. Die Datenaufbewahrungsfrist (Art. 167l) von längstens zehn Jahren nach dem Wegfall des Erhebungsgrunds erscheint hier als sehr lang.

Das MIG räumt den erfassten Personen keine Parteistellung ein. Nach bestehendem und von der Änderung nicht betroffenen Art. 1 Abs. 3 MIG ist das Bundesgesetz über den Datenschutz (DSG) anwendbar, soweit das MIG keine besonderen Bestimmungen enthält. Der Regierungsrat geht davon aus, dass diese Regelung auch für die nun vorliegenden Änderungen Anwendung finden wird.

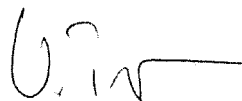
Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats



Dr. Markus Dieth
Landammann



Vincenza Trivigno
Staatsschreiberin

Kopie

- alain.anderhub@vtg.admin.ch

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches
Departement für Verteidigung, Bevölke-
rungsschutz und Sport (VBS)
Frau Viola Amherd
Bundesrätin
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Frauenfeld, 1. September 2020

Änderung des Bundesgesetzes über die militärischen Informationssysteme

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Entwurf für eine Änderung des Bundesgesetzes über die militärischen Informationssysteme (MIG; SR 510.91) und teilen Ihnen mit, dass wir mit der Vorlage weitgehend einverstanden sind. Zu einzelnen Bestimmungen gestatten wir uns indessen die nachfolgenden Bemerkungen:

Art. 13 MIG

Für die Erhebung der Wehrpflichtersatzabgabe und die Rückerstattung der Ersatzabgabe im Fall der vollständig geleisteten Dienstpflicht wird auf die Daten des Personal-Informationssystems der Armee (PISA) abgestellt. Zu diesem Zweck wie auch zur Nachführung der Personendaten ist das System Wehrpflichtersatz mit dem PISA über eine Schnittstelle verbunden. Das System ist auf die zeitliche Verfügbarkeit der Daten bis zur vollständigen Leistung der Ersatzabgabe bzw. bei Dienstverschiebungen bis nach dem Zeitpunkt der vollständig geleisteten Dienste angewiesen. Leider werden die Dienstleistungen des Zivildienstes, im Gegensatz zum Schutzdienst, noch nicht im PISA nachgeführt. Mittelfristig wäre es aus Gründen der Effizienz zu begrüssen, wenn die Führung der geleisteten Zivildiensttage durch die zuständige Stelle ebenfalls über das PISA erfolgen würde. Aus diesem Grund ersuchen wir Sie, eine Erweiterung des PISA auf den Zivildienst zu prüfen.

Art. 17 Abs. 5 MIG

Gemäss Art. 17 Abs. 5 des Entwurfs zum MIG sollen die übrigen Daten des PISA nach der Entlassung aus der Militär- oder Schutzdienstpflicht während längstens fünf Jahren

2/2

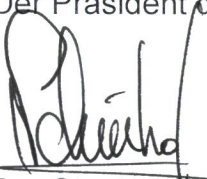
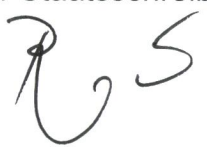
aufbewahrt werden. In einzelnen Fällen reichen diese fünf Jahre indessen nicht aus. Dies ist beispielsweise bei Durchdienerinnen und Durchdienern der Fall, die nach der Erfüllung ihrer Militärdienstpflicht ins Ausland umziehen und nach fünf Jahren wieder in die Schweiz zurückkehren. In solchen Fällen werden regelmässig aufwendige Recherchen notwendig. Wir beantragen daher, die Aufbewahrungsdauer in Art. 17 Abs. 5 MIG auf längstens zehn Jahre zu erweitern.

Art. 167g – I MIG

Art. 100 des Bundesgesetzes über die Armee und die Militärverwaltung (MG; SR 510.10) regelt die Aufgaben der für die militärische Sicherheit zuständigen Stellen. Mit den neu vorgeschlagenen Art. 167g – I MIG soll den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Dienstes für präventiven Schutz der Armee die Erlaubnis erteilt werden, bei ausländischen Nachrichtendiensten Personendaten für das neu zu erstellende Informationssystem Präventiver Schutz der Armee zu beschaffen und zu bearbeiten. Gemäss diesem Vorschlag sollen ausländische Geheimdienstdaten über Schweizer Bürgerinnen und Bürger erfasst werden. Art. 6 des Bundesgesetzes über den Nachrichtendienst (NDG; SR 121) hält jedoch fest, dass nur der Nachrichtendienst des Bundes die nachrichtendienstlichen Beziehungen der Schweiz mit ausländischen Dienststellen pflegen darf. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb nun neu für Militärbelange ein Register geschaffen werden soll, das mit nicht verifizierten Daten von ausländischen Nachrichtendiensten gefüllt werden soll. Die entsprechenden ungeprüften Daten sollen dann sogar noch an die Organisationseinheit Personelles der Armee weitergegeben werden dürfen. Dies hätte zur Folge, dass die Laufbahnbeurteilung des Schweizer Militärkaders durch ausländische Nachrichtendienste beeinflusst werden kann. Solche wichtigen Entscheide dürfen nur mit rechtlich gesicherten und richtigen Daten erfolgen und sind daher nicht nur sicherheitspolitisch, sondern auch datenschutzrechtlich äusserst heikel. Auf die Einführung des geplanten Informationssystems Präventiver Schutz der Armee ist deshalb zu verzichten.

Mit freundlichen Grüssen

Der Präsident des Regierungsrates


Der Staatsschreiber




numero			Bellinzona
4087	fr	0	19 agosto 2020
Repubblica e Cantone Ticino Consiglio di Stato Piazza Governo 6 Casella postale 2170 6501 Bellinzona telefono +41 91 814 43 20 fax +41 91 814 44 35 e-mail can-sc@ti.ch			Repubblica e Cantone Ticino

Il Consiglio di Stato

Signora
Viola Amherd
Consigliera federale e Capo del
Dipartimento federale della difesa
della protezione della popolazione e dello
sport
Palazzo federale est
3003 Berna

trasmessa per e-mail: alain.anderhub@vtg.admin.ch

Modifica della legge federale sui sistemi d'informazione militari (LSIM)

Presenza di posizione sui documenti messi in consultazione a maggio 2020

Signora Consigliera federale,

in riferimento alla vostra comunicazione del 20 maggio 2020, nella quale avete chiesto al Canton Ticino di esprimersi in merito alle modifiche di cui in oggetto¹, teniamo a ringraziarvi per la possibilità offerta di formulare le nostre osservazioni in merito a queste importanti tematiche, permettendoci dunque di esporre le seguenti considerazioni e proposte.

Dopo attenta verifica dei progetti summenzionati, manifestiamo un preavviso favorevole a quanto proposto, poiché le modifiche presentate definiscono il necessario quadro legale di riferimento per il trattamento dei dati personali all'interno dei sistemi d'informazione del DDPS.

In considerazione del fatto che la modifica della LSIM entrerà verosimilmente in vigore nel 2022 teniamo a ricordare che il Parlamento federale ha adottato il 20 dicembre 2019 la totale revisione della Legge federale sulla protezione della popolazione e sulla protezione civile (LPPC), la quale dovrebbe entrare in vigore dal 1° gennaio 2021, motivo per cui si richiede di tenerne debita considerazione.

Per quanto concerne la modalità di conservazione dei dati personali, secondo l'art. 17, cpv. 5, i dati inseriti nel sistema di gestione del personale dell'esercito e della protezione civile (PISA) dovranno essere custoditi al massimo per cinque anni dall'assolvimento dell'obbligo di servizio. Constatiamo però come ad esempio per i militari in ferma

¹ LSIM, unitamente all'Ordinanza sui sistemi d'informazione militari (OSIM) e all'Ordinanza sul Servizio informazioni dell'esercito (O-SIEs).

continua che si stabiliscono all'estero dopo l'assolvimento dei loro obblighi militari (rimanendo comunque ancora astretti), qualora rientrassero in Svizzera dopo cinque anni, si rendono necessarie complicate ricerche. Per questo motivo proponiamo quindi di permettere la conservazione dei dati per una durata massima di dieci anni. In maniera generalizzata questo permetterebbe di tener conto dei bisogni dei Cantoni per continuare a garantire una gestione efficiente e sicura dei dati personali per poter svolgere le loro mansioni secondo l'art. 1, cpv. 1, lettera a della LSIM.

In conclusione crediamo opportuno affermare che l'incasso della tassa d'esenzione dall'obbligo di servire e il rimborso della stessa in caso dell'assolvimento integrale dei propri obblighi debbano venire gestiti mediante il sistema PISA. Questo programma permette infatti, oltre all'aggiornamento dei dati personali, di gestire le risultanze tramite un'interfaccia dedicata. Il funzionamento di questo sistema necessita però che i dati siano disponibili fino al pagamento integrale della tassa d'esenzione e di conseguenza ben oltre l'adempimento completo dell'obbligo di servire in caso di posticipo del servizio (militare o di protezione civile). Purtroppo ad oggi notiamo che inspiegabilmente le prestazioni relative agli astretti al servizio civile non vengono ancora inserite in PISA. Per questo motivo, così come per logiche ragioni d'efficienza, sarebbe auspicabile un allineamento, per il quale vi domandiamo di esaminarne la fattibilità.

Ringraziamo per l'attenzione e, nell'attesa di un vostro cortese riscontro voglia gradire, signora Consigliera federale, l'espressione della nostra stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente:

Norman Gobbi

Il Cancelliere:

Arnoldo Coduri

Copia per conoscenza a:

- Dipartimento delle istituzioni (di-dir@ti.ch);
- Segreteria generale del Dipartimento delle istituzioni (di-sg@ti.ch);
- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch);
- Sezione del militare e della protezione della popolazione (di-smpp@ti.ch);
- Conferenza governativa per gli affari militari, la protezione civile e i pompieri (alexander.krethlow@rkmzf.ch);
- Pubblicazione in internet.

Madame la Conseillère fédérale
Viola Amherd
Cheffe du Département fédéral de la
défense, de la protection de la population
et des sports
Palais fédéral est
3003 Berne

Par courriel (en Word et PDF):
alain.anderhub@vtg.admin.ch

Réf. : 20_COU_673

Lausanne, le 9 septembre 2020

**Modification de la loi fédérale sur les systèmes d'information de l'armée :
ouverture de la procédure de consultation**

Madame la Conseillère fédérale,

Le Conseil d'Etat vaudois remercie le Département fédéral de la défense, de la protection de la population et des sports de l'associer à cette consultation et de lui permettre de formuler ses observations dans le cadre de l'objet mentionné en titre.

De manière générale, il ressort du rapport explicatif que la finalité du projet de modification de la loi fédérale sur les systèmes d'information de l'armée (LSIA) est d'encadrer les systèmes d'information du Groupement de défense et des unités administratives subordonnées, ceux du DDPS ainsi que ceux en rapport avec la protection civile dans une base légale plus étendue et plus conforme aux exigences en matière de protection des données. Une telle conformité nécessite notamment que les traitements de données prévus soient conformes aux principes généraux de protection des données personnelles, que les communications de données aux tiers soient bien encadrées, que les durées de conservation des données soient bien définies, que les accès et les interconnexions entre les différents systèmes soient bien segmentés et qu'une attention particulière soit portée à la sous-traitance et aux communications transfrontières de données au sens de l'art. 6 de la loi fédérale sur la protection des données (LPD).

D'une manière plus détaillée, il en ressort les remarques suivantes :

- 1) Dans les grandes lignes du projet (ch. 2 du rapport explicatif) à l'art. 7 al. 2, il est fait état de la possibilité de communiquer des données personnelles aux fournisseurs externes de prestations informatiques chargés des tâches de maintenance, d'entretien et de programmation. À cet égard, il semble nécessaire d'attirer l'attention sur les exigences de la LPD (art. 10a) en matière de sous-traitance de données personnelles. En outre, les systèmes d'information concernés étant pour la

plupart destinés à traiter des données sensibles (voire de secret défense ?), il conviendra de mieux encadrer les possibilités de sous-traitance, surtout si cela implique des transferts de données personnelles vers des Etats n'offrant pas un niveau de protection adéquat selon liste établie par le Préposé fédéral à la protection des données et à la transparence (PFPDT). A noter à cet égard que le CLOUD Act américain étend la sphère des juridictions américaines non seulement aux entreprises US mais également à celles étrangères mais sous contrôle de capitaux américains, de sorte qu'en cas de recours à une solution cloud US ou d'une entreprise sous contrôle US, des données militaires suisses pourraient être potentiellement exposées. Enfin il se pose la question de la sous-traitance (parfois en cascade) à l'étranger de données soumises au secret. À noter sur ce point qu'un traitement à l'étranger de données soumises au secret de fonction pourrait constituer une violation de celui-ci.

- 2) Il est prévu de créer une base légale pour l'utilisation du NAVS13 dans les systèmes d'information du DDPS ne relevant pas de l'armée. Sur ce point, il paraît nécessaire d'attirer l'attention sur les risques liés à une utilisation systématique du NAVS assortie d'une trop vaste interconnexion des systèmes d'information.
- 3) Il convient de limiter strictement les accès des différentes entités aux différents systèmes d'information aux données nécessaires et utiles à l'exécution de leurs tâches légales. Il faudra ainsi déterminer dans des dispositions d'exécution ou dans des annexes, qui a accès à quelles données et selon quelles modalités (lecture seule, écriture, etc.). Sur ce point l'annexe 1 de l'ordonnance du 12 avril 2016 sur le système d'information centrale sur la migration (Ordonnance SYMIC) pourrait par exemple servir de modèle.
- 4) S'agissant de données sensibles ou issues de profilage, les communications à d'autres autorités devraient être prévues et soumises à conditions.
- 5) Il convient également de mentionner que la nouvelle loi fédérale du 28 septembre 2018 sur la protection des données Schengen (LPDS), qui reprend la directive UE 2016/680, est également applicable au Service de renseignement de la Confédération. Il devrait par conséquent, sauf dispositions contraires, être tenu compte des dispositions de la LPDS dans des situations en relation avec des communications de données avec les services de renseignement.
- 6) A l'article 14, al. 1 il est précisé que le Système d'information sur le personnel de l'armée et de la protection civile (SIPA) contient les données sur les conscrits, les personnes astreintes au service militaire, le personnel pour la promotion de la paix et les civils qui sont pris en charge par la troupe ou qui participent à un engagement de l'armée de durée déterminée. Il serait plus opportun de parler de : "*personnes soumises à l'obligation de déclaration*", ainsi toutes les personnes en âge de l'obligation sont couvertes par le SIPA. C'est essentiel pour les cantons par exemple pour la taxe d'exemption de l'obligation de servir. En effet, actuellement, pour les personnes qui ne sont plus dans le SIPA mais qui sont à nouveau soumises à l'obligation du fait de la nouvelle loi fédérale sur la taxe d'exemption de l'obligation de servir (LTEO), leurs données sont manquantes.

- 7) Enfin, se pose la question de savoir si d'autres articles auraient besoin d'être adaptés qui ne sont pas en consultation. En effet, il faudrait se demander quelles problématiques la nouvelle LTEO posent en termes de suivi. Il est déjà ressorti la problématique des naturalisés qui ne sont plus dans le SIPA, qui sont nouvellement soumis à la LTEO et qu'il faut « repêcher ». Ceci se traduit par des fichiers Excel comprenant des milliers de personnes, qu'il faut détailler à la main et, le cas échéant ressaisir dans un système.

Ainsi, par exemple, l'art.17 al. 3 LSIA qui n'est pas en consultation pourrait en l'état poser des problèmes. Cet article prévoit : « *les données relatives à la libération de la nationalité suisse ou au décès sont conservées jusqu'à l'année au cours de laquelle la personne concernée aurait été libérée de l'obligation de servir dans l'armée ou dans la protection civile pour raison d'âge* ». Il serait plus opportun de mentionner que les données relatives à la libération de la nationalité suisse et au décès sont conservées au plus tôt jusqu'à l'année où l'intéressé atteint l'âge de 40 ans, mais au plus tard l'année où il aurait été libéré du service militaire ou du service de protection civile. Depuis DEVA/WEA, une majorité des astreints n'est plus licenciée en fonction de l'année, mais plutôt en fonction de la durée de l'obligation. La 40^e année a plus de sens, car selon l'année de naturalisation ou d'une déclaration de double inapte, les personnes jusqu'à 36 ans doivent payer la taxe d'exemption de l'obligation de servir.

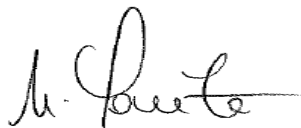
Ainsi, si quelqu'un, après n'avoir plus la nationalité suisse, demande à l'avoir à nouveau, il faudrait que la personne soit présente dans le SIPA plus longtemps et ce en ligne avec les nécessités de la LTEO.

Sous réserve des remarques qui précèdent, nous pouvons nous rallier au projet mis en consultation.

En vous souhaitant bonne réception de la présente, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de notre considération distinguée.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE



Nuria Gorrite

LE CHANCELIER



Vincent Grandjean

Copies

- OAE
- SSCM



2020.03140

GENERALSEKRETARIAT VBS		
251.2-33112/412		
<input checked="" type="checkbox"/> C VBS P3	18. Aug. 2020	Fin VBS
<input checked="" type="checkbox"/> GS		Pers VBS
PIC	✓ zur Kenntnis X Federführung	RU
Komm		<input checked="" type="checkbox"/> Recht
IOS		SiPol
BIG		BRG

P.P. CH-1951
Sion

A-PRIORITY Poste CH SA

Département fédéral de la défense, de la
protection de la population et des sports
(DDPS)
Madame Viola Amherd
Palais fédéral Est
3003 Berne



Notre réf. NM
Votre réf. /

Date 12 AOUT 2020

Procédure de consultation : Révision de la loi fédérale sur les systèmes d'information de l'armée du 3 octobre 2008 (LSI ; RS 510.91) ;

Madame la Conseillère fédérale,

L'Etat du Valais vous remercie de lui permettre de se déterminer sur le projet de révision de la Loi fédérale sur les systèmes d'information de l'armée du 3 octobre 2008 et a l'honneur de vous communiquer, ci-après, sa prise de position.

1. Remarques générales sur les modifications

L'évolution des besoins du DDPS, en particulier de l'armée et de la protection civile, et les exigences de la législation sur la protection de données en regard du traitement des données personnelles par les systèmes d'information nécessitent, d'une part, une adaptation des articles de la LSIA relatifs à ces systèmes et, d'autre part, l'édiction de nouvelles dispositions permettant de compléter les lacunes actuelles de la LSIA.

Le canton du Valais a un intérêt particulier pour le système SIPA (plus connu sous son nom allemand PISA), la base de données informatisée utilisée pour la gestion du personnel de l'armée et celui de la protection civile.

Les données du citoyen soldat contenues dans SIPA et les autres systèmes d'information doivent naviguer dans un cadre légal clair et complet afin de protéger la sphère privée, ces dernières contenant des informations personnelles très sensibles.

Le Groupement Défense et les unités administratives DDPS qui lui sont subordonnées doivent quant à eux exploiter les systèmes d'information dans un cadre légal sans ambiguïté compte tenu de la sensibilité des données traitées.

Par conséquent, toute solution ou proposition en vue de soutenir durablement le DDPS et l'armée dans ce sens doit être soutenue.

Le canton du Valais est ainsi fondamentalement favorable à la révision de la loi fédérale sur les systèmes d'information de l'armée du 3 octobre 2008 (LSIA ; RS 510.91) et propose que soit rapidement examinée l'option d'étendre SIPA au service civil.

2. Prise en compte de la Loi fédérale sur la protection de la population et sur la protection civile du 4 octobre 2002 (LPPCi ; RS 520.1) totalement révisée

La LSIA révisée entrera probablement en vigueur en 2022.

Quant à la LPPCi, l'Assemblée fédérale a adopté la révision totale de cette dernière le 20 décembre 2019, dont l'entrée en vigueur est prévue le 1^{er} janvier 2021.

Il est dès lors indiqué de tenir compte systématiquement de la LPPCi révisée dans le cadre de la modification de la LSIA.

3. Conservation des données

L'art. 17 LSIA fixe la durée de conservation des documents en fonction de leur nature.

L'al. 5 dudit article stipule que « *les autres données du SIPA sont conservées durant cinq ans à compter de la libération de l'obligation de servir dans l'armée ou dans la protection civile.* » Cet alinéa intéresse évidemment les cantons dans la gestion de leurs militaires et pcistes car, dans certains cas, les cinq ans ne suffisent pas. C'est par exemple le cas pour les militaires en service long qui s'établissent à l'étranger après l'accomplissement de leurs obligations militaires, puis rentrent en Suisse après cinq ans. Des recherches compliquées sont fréquemment nécessaires dans de tels cas afin d'éclaircir leur parcours. Nous demandons dès lors d'inscrire, à l'art 17, al 5 LSIA, la conservation des documents pour une durée de dix ans au maximum.

D'une manière générale, nous demandons de prendre en compte les besoins des cantons en vue d'une gestion efficiente et sûre des données personnelles, en introduisant ou en maintenant les dispositions légales nécessaires. Il convient en effet d'éviter de masquer ou d'effacer des données aussi longtemps que les cantons en ont besoin dans l'accomplissement de leurs tâches selon l'art. 1, al. 1, let. a LSIA.

4. Extension de l'application SIPA au service civil

Actuellement, le système SIPA gère le personnel de l'armée et de la protection civile, mais est également indispensable à la gestion de la taxe d'exemption de l'obligation de servir (TEO) puisque cette dernière se fonde sur les données SIPA pour le traitement de chaque dossier (assujettissement / remboursement).

À cet effet, de manière à la tenue à jour des données personnelles, le système de gestion de la TEO est raccordé à SIPA via une interface. Le bon fonctionnement nécessite que les données soient disponibles jusqu'au paiement de l'intégralité de la TEO, respectivement jusqu'après l'accomplissement complet de l'obligation de servir en cas d'ajournements de services (service militaire ou service civil).

Dans ce contexte, le point touchant aux civilistes nous semble important. Malheureusement, les prestations de service civil ne sont pas introduites dans SIPA, contrairement au service de la protection civile, mais dans un autre système géré par le Département fédéral de l'économie, de la formation et de la recherche (DEFR).

À court terme, il serait souhaitable que l'Office fédéral du service civil (SIV) exploite également SIPA pour le contrôle des jours de service civil, mais également de manière plus

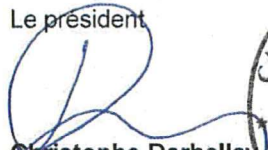
générale pour la gestion des civilistes (p.ex., changement d'adresse, nouveau statut personnel), ceci pour des raisons évidentes de simplification, d'efficacité, d'unité, voire de coûts.

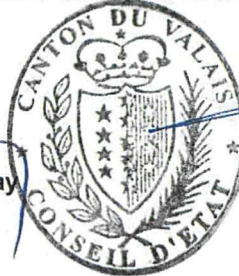
Par conséquent, nous vous demandons d'examiner l'extension de l'exploitation de SIPA au service civil afin d'avoir une seule application pour la gestion de tous les 4 domaines (armée, PCi, SCI et TEO)

En vous remerciant de nous avoir consultés sur cet objet et vous souhaitant bonne réception de la présente, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de notre haute considération.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président


Christophe Darbellay



Le chancelier


Philipp Spörri



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Département fédéral de la défense, de la
protection de la population et des sports
Palais fédéral Est
3003 Berne

Modification de la loi fédérale sur les systèmes d'information de l'armée (LSIA)

Madame la conseillère fédérale,

Par courrier du 20 mai 2020, vous nous avez priés de prendre position sur les projets de modification sous rubrique. Le Canton de Neuchâtel vous remercie de la possibilité ainsi offerte. Nous nous permettons de formuler les remarques et propositions ci-après :

En préambule, le Canton de Neuchâtel est favorable aux modifications proposées, qui jettent ou adaptent les bases légales requises en vue d'un traitement nécessaire de données personnelles dans les systèmes d'information du DDPS.

Concernant la conservation des données, comme mentionné dans l'article 17 al. 5, les autres données du système d'information sur le personnel de l'armée et la protection civile (PISA) doivent être conservées au plus pendant cinq ans après la libération de l'obligation de servir. Dans certains cas, ces cinq ans ne suffisent pas. C'est par exemple le cas pour les militaires en service long qui s'établissent à l'étranger après cinq ans. Des recherches compliquées sont fréquemment nécessaires dans de tels cas. Nous demandons, dès lors, d'inscrire une durée de dix ans au maximum à l'art. 17 al. 5.

Le Canton de Neuchâtel vous remercie de l'avoir associé à la consultation citée en titre.

Nous vous prions de croire, Madame la conseillère fédérale, à l'assurance de notre haute considération.

Neuchâtel, le 31 août 2020

Au nom du Conseil d'État :

La présidente,
M. MAIRE-HEFTI

La chancelière,
S. DESPLAND



M. Maire-Hefti *S. Despland*

NE



Genève, le 2 septembre 2020

Le Conseil d'Etat

4330-2020

Département fédéral de la défense, de
la protection de la population et des
sports
Madame Viola Amherd
Conseillère fédérale
Palais fédéral
3003 Berne

Concerne : consultation sur la modification de la loi sur les systèmes d'information de l'armée (LSIA)

Madame la Conseillère fédérale,

Nous avons pris connaissance avec intérêt du projet de modification de la loi fédérale sur les systèmes d'information de l'armée (LSIA) et apprécions l'opportunité qui nous est donnée de nous prononcer à ce propos, dans le cadre de cette consultation.

Après examen des documents, attendu que la révision proposée vise à poser et/ou adapter les bases légales requises en vue du traitement de données personnelles dans les systèmes d'information du DDPS, nous vous communiquons, de manière globale, l'accord du canton de Genève sur ce projet de révision, sous réserve toutefois des quelques commentaires ci-après dont nous tenons à vous faire part.

Le 20 décembre 2019, le Parlement fédéral a adopté la Loi fédérale sur la protection de la population et sur la protection civile (LPPCi) entièrement révisée, qui devrait entrer en vigueur le 1^{er} janvier 2021. Il convient dès lors d'en tenir compte systématiquement dans les documents soumis.

L'article 17, alinéa 5 de la LSIA prévoit que certaines données du système d'information sur le personnel de l'armée et de la protection civile (PISA) doivent être conservées au plus pendant cinq ans après la libération de l'obligation de servir dans l'armée ou dans la protection civile. Dans certains cas, ces cinq ans ne suffisent pas. C'est par exemple le cas pour les militaires en service long qui s'établissent à l'étranger après l'accomplissement de leurs obligations militaires, puis rentrent en Suisse après cinq ans. Des recherches compliquées sont fréquemment nécessaires dans de tels cas. Nous demandons dès lors d'inscrire une durée de dix ans au maximum à l'art. 17, al. 5. D'une manière générale, concernant la présente révision, nous vous demandons de prendre en compte les besoins des cantons en vue d'une gestion efficiente et sûre des données personnelles, en introduisant ou en maintenant les dispositions nécessaires. Il convient d'éviter de masquer ou d'effacer des données aussi longtemps que les cantons en ont besoin pour accomplir leurs tâches selon l'art. 1, al. 1, let. a LSIA.

L'encaissement de la taxe d'exemption de l'obligation de servir et le remboursement de cette même taxe en cas d'accomplissement intégral de l'obligation fonctionnent à l'aide de PISA. A cet effet, ainsi que pour tenir à jour les données personnelles, le système de gestion de la taxe d'exemption est raccordé à PISA via une interface. Le fonctionnement de ce système nécessite que les données soient disponibles jusqu'au paiement de l'intégralité de la taxe d'exemption, respectivement jusqu'après l'accomplissement complet de l'obligation de servir en cas d'ajournements de services (service militaire ou service civil). Malheureusement, les prestations du service civil ne sont pas encore introduites dans PISA, alors que c'est déjà le cas pour le service de protection civile. A moyen terme, et pour des raisons d'efficience, il serait souhaitable que les organes responsables de l'Office fédéral du service civil (CIVI) tiennent également dans PISA le contrôle des jours de service civil fournis. Nous vous demandons dès lors d'examiner l'extension de PISA au service civil.

En l'état, le projet de loi mentionne l'absence de conséquences sur les cantons. Toutefois si la mise en œuvre de cette loi avait des impacts sur nos systèmes d'information, il serait judicieux de nous en informer au plus tôt afin de procéder aux adaptations idoines.

En vous remerciant par avance de l'attention que vous porterez aux commentaires et observations de notre canton, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de notre haute considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :



Michèle Righetti

Le président :



Antonio Hodgers

Copie à : par courriel : alain.anderhub@vtg.admin.ch

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Département fédéral de la défense,
de la protection de la population et des sports DDPS
Madame la Conseillère fédérale
Viola Amherd
Palais fédéral Ouest
3003 Berne

Par email : alain.anderhub@vtg.admin.ch

Delémont, le 2 juin 2020

**Modification de la loi fédérale sur les systèmes d'information de l'armée – ouverture
de la procédure de consultation**

Madame la Conseillère fédérale,

Le Gouvernement de la République et Canton du Jura accuse réception de votre courrier relatif à la modification de la loi fédérale notée sous rubrique et il vous remercie de l'avoir consulté.

Il n'a aucune remarque à formuler.

Tout en vous remerciant de prendre note de ce qui précède, le Gouvernement de la République et Canton du Jura vous présente, Madame la Conseillère fédérale, ses salutations les plus respectueuses.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA



Martial Courtet
Président



Gladys Winkler Docourt
Chancelière d'État

Von: Fritz Kälin <kaelin@svp.ch>
Gesendet: Dienstag, 18. August 2020 11:14
An: Anderhub Alain ASTAB
Cc: Emanuel Waeber; Andreas Ott
Betreff: SVP Schweiz Verzicht Vernehmlassungsantwort

Guten Tag,

Die SVP Schweiz verzichtet auf eine Stellungnahme zur Vernehmlassung „Änderung des Bundesgesetzes über die militärischen Informationssysteme“.

Freundliche Grüsse

Generalsekretariat der SVP Schweiz

Dr. Fritz Kälin
Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Generalsekretariat | Postfach 3001 Bern | Telefon: 031 300 58 58 | www.svp.ch

! Neuer Abstimmungstermin: 27. September 2020

Begrenzungs-Initiative

JA+ zur **massvollen
Zuwanderung**
www.begrenzungsinitiative.ch PC: 31-572732-0

Eidgenössisches Departement für Verteidigung
Bevölkerungsschutz und Sport VBS
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Bern, 7.9.2020/YB/MB
VL MIG

Per Mail an: alain.anderhub@vtg.admin.ch

Änderung des Bundesgesetzes über die militärischen Informationssysteme (MIG)

Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

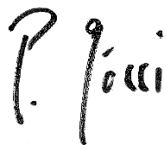
Datenschutz ist für die FDP.Die Liberalen zentral, denn dabei geht es um den Schutz der Persönlichkeit. Die FDP unterstützt die Änderungen des Bundesgesetzes über die militärischen Informationssysteme. Die vorgesehenen Änderungen sind notwendig, um den veränderten datenschutzrechtlichen Anforderungen Rechnung zu tragen. Die Revision zielt darauf ab, die datenschutzrechtlichen Grundlagen zur Bearbeitung von Personendaten in den Informationssystemen des VBS auf den neuesten Stand zu bringen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen
Die Präsidentin

Der Generalsekretär



Petra Gössi
Nationalrätin

Samuel Lanz



VBS Generalsekretariat
Recht VBS
Maulbeerstrasse 9
3003 Bern
recht-vbs@gs-vbs.admin.ch

Bern, 3. September 2020

Stellungnahme zur Anpassung der rechtlichen Grundlagen für die militärischen Informationssysteme

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Zustellung der Vernehmlassungsunterlagen zur Anpassung der rechtlichen Grundlagen für die militärischen Informationssysteme. Gerne nehmen wir dazu Stellung.

Sozialdemokratische Partei
der Schweiz

Theaterplatz 4
Postfach · 3001 Bern

Telefon 031 329 69 69
Telefax 031 329 69 70

info@spschweiz.ch
www.spschweiz.ch

Zusammenfassung

Die SP anerkennt die Notwendigkeit der Anpassung der rechtlichen Grundlagen für die militärischen Informationssysteme und unterstützt die vorgeschlagene Umsetzung grundsätzlich. Beim Geltungsbereich, der Zusammenarbeit mit externen IKT (Informations- und Kommunikationstechnik)-Leistungserbringern sowie beim ausgebauten Online-Zugang zu sensiblen Personendaten besteht jedoch noch Klärungsbedarf.

Allgemeine Bemerkungen

Die SP begrüsst die Anpassung der rechtlichen Grundlagen für die militärischen Informationssysteme an datenschutzrechtliche Auflagen. Grundsätzlich unterstützt die SP alle Bestrebungen, die das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung und das Recht von Personen an ihren Daten und deren Bearbeitung stärken. Bei den folgenden Gesetzesartikeln besteht jedoch noch Konkretisierungsbedarf.

Bemerkungen zu einzelnen Gesetzesartikeln

Art. 1 Abs. 1 und Abs. 2

Bereits in einer Stellungnahme vom 30. November 2006 zum Bundesgesetz über die militärischen Informationssysteme (MIG) bemängelte die SP, dass nur die Informationssysteme im Bereich der Armee und der Militärverwaltung geregelt werden, jedoch auf Bestimmungen über den Datentransfer zu den Behörden des Zivildienstes und des Zivilschutzes verzichtet wird. Damals forderte die SP, ein Gesetzeswerk zu schaffen, das den Bedürfnissen aller Partner (Militär, Zivildienst und Zivilschutz) Rechnung trägt. Es ist deshalb zu begrüessen, dass der zu eng gefasste Geltungsbereich endlich auf nicht militärische Informationssysteme erweitert wird. Nicht verständlich ist jedoch, weshalb gemäss Art. 1 Abs. 1 lit. c nur «weitere Angehörige der Armee und des Zivilschutzes» erwähnt werden. Weshalb ist hier der Zivildienst nicht erwähnt (Art. 1 Abs. 1 lit. d ist aus Sicht der SP eine ungenügende Auffangklausel)? Die SP fordert – heute wie im Jahr 2006 – den Geltungsbereich des MIG weiter auszudehnen.

Art. 7 Abs. 2

Die Zusammenarbeit mit externen IKT-Leistungserbringern ist grundsätzlich nachvollziehbar. Zu begrüessen ist der Passus in Art. 7 Abs. 2, welcher festhält, dass bei der Zusammenarbeit mit externen IKT-Leistungserbringern «... die Datensicherheit gewährleistet wird.» Im erläuternden Bericht zur Änderung des Bundesgesetzes zur Änderung der militärischen Informationssysteme findet sich jedoch keine Konkretisierung der Formulierung in Art. 7 Abs. 2. Einige Fragen stellen sich in diesem Zusammenhang: Um was für personenbezogene Daten handelt es sich? Wie lange haben externe IKT-Leistungserbringer Zugang zu Personendaten? Wie wird sichergestellt, dass sensitive Personendaten nicht zweckentfremdet werden? Wie wird sichergestellt, dass Personendaten nicht länger als notwendig aufbewahrt werden? Wer kontrolliert die Einhaltung mit welchen Durchsetzungsmöglichkeiten?

Art. 167d lit. e

Die SP begrüsst, dass dem Ziel der Legislaturplanung, staatliche Leistungen möglichst effizient und digital zu erbringen,¹ Rechnung getragen wird. In diesem Sinne ist es zielführend, eine Schnittstelle zu planen, über welche gewisse personenbezogene Daten von autorisierten Stellen übernommen werden können. Der ausgebaut Online-Zugang zu sensitiven Personendaten bzgl. Waffenbesitz, Ausbildung, beruflicher Laufbahn oder Sprachkenntnissen muss jedoch mit erhöhten Sicherheitsvorkehrungen einhergehen. Der erläuternde Bericht des Bundesrats geht bedauerlicherweise nicht darauf ein, wie die Datensicherheit bei Online-Verarbeitungen gewährleistet werden kann.

¹ Botschaft zur Legislaturplanung 2019-2013, Ziel 2. BBI 2020 1777, 1835 ff.

Art. 1 Abs. 1 lit. b; Art. 15 Abs. 1; Art. 139 lit. e; Art. 140; Art. 141 lit e; Art. 142 Abs. 1 lit. a; Art. 167e Abs. 2 lit. b

Es ist positiv hervorzuheben, dass die im Titel erwähnten Artikel neu geschlechtergerecht formuliert werden.

Wir danken Ihnen, geschätzte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben mit freundlichen Grüssen

Sozialdemokratische Partei der Schweiz



Christian Levrat
Präsident



Severin Meier
Politischer Fachsekretär



Eidgenössisches Departement für Verteidigung,
Bevölkerungsschutz und Sport
3003 Bern

Per Mail: alain.anderhub@vtg.admin.ch

Bern, 9. Juni 2020

Änderung des Bundesgesetzes über die militärischen Informationssysteme

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung, an der Vernehmlassung zum oben genannten Geschäft teilzunehmen.

Wir bedauern, Ihnen mitteilen zu müssen, dass wir trotz der unbestrittenen Bedeutung der Vorlage aus Kapazitätsgründen auf eine Eingabe verzichten müssen.

Besten Dank für Ihr Verständnis.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Städteverband

Direktorin

Renate Amstutz

Eidgenössisches Departement für Verteidigung,
Bevölkerungsschutz und Sport VBS
Per Email:
Alain.anderhub@vtg.admin.ch

Bern, 09. September 2020 sgv-Sc

Vernehmlassungsantwort
Änderung des Bundesgesetzes über die militärischen Informationssysteme

Sehr geehrte Damen und Herren

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgv über 230 Verbände und gegen 500 000 KMU, was einem Anteil von 99,8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

Der sgv unterstützt die Gesetzesänderungen.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Gewerbeverband sgv



Hans-Ulrich Bigler
Direktor sgv, e. Nationalrat



Henrique Schneider
stellvertretender Direktor



Landeskonferenz
der militärischen
Dachverbände

Conférence nationale
des Associations
militaires faitières

Conferenza nazionale
delle organizzazioni
militari mantello

Herr
Alain Anderhub
VBS
Recht Verteidigung
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI
Postfach
3003 Bern

E-Mail: alain.anderhub@vtg.admin.ch

Sissach, 11. September 2020

Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über die militärischen Informationssysteme

Sehr geehrte Herr Anderhub

Die Landeskonferenz der militärischen Dachverbände (LKMD) bedankt sich für die Möglichkeit, im Rahmen der titelerwähnten Vernehmlassung, eine Stellungnahme einreichen zu dürfen.

Die LKMD vertritt und repräsentiert aktuell 29 gesamtschweizerisch organisierte militärische Dachverbände mit rund 100 000 Mitgliedern. Es ist uns daher Anliegen und Verpflichtung zugleich, unsere Ansichten, Wünsche und Forderungen gebührend und sachbezogen einzubringen.

Zum technischen Inhalt haben wir keine Anmerkungen, jedoch zur Einbindung des Bereiches V ins Gesamtsystem VBS.

Unserer Meinung müsste der neue Titel sinngemäss wie folgt lauten:
«Bundesgesetz über die militärischen Informationssysteme und über die Informationssysteme im VBS».

Der neue Art 1 Abs 1 sollte demnach lauten:

Dieses Gesetz regelt die Bearbeitung von besonders schützenswerten und anderen Personendaten sowie von Persönlichkeitsprofilen (Daten) in Informationssystemen und beim Einsatz von Überwachungsmitteln in der Armee und im Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS).

Begründung:

Armee und VBS sind zwei unterschiedliche Institutionen. Die erste untersteht dem Parlament, das zweite dem Bundesrat. Das VBS, insbesondere die Militärverwaltung, dient der Armee zu. Es besorgt das Militärwesen, solange die Armee nicht mobilisiert ist. Im Gesetzesentwurf wird jedoch an verschiedenen Stellen – insbesondere im Titel und im Art 1 – durch vorliegende Formulierungen der fälschliche Eindruck erweckt, die Armee sei dem VBS unterstellt oder Teil davon. Hier müsste uE eine Differenzierung der unterschiedlichen Bedürfnisse klar formuliert sein.

Wir danken Ihnen nochmals für die Möglichkeit unsere Haltung einbringen zu können, und stehen selbstverständlich auch weiterhin zur Verfügung.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Anderhub, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Mit freundlichen Grüssen

**Landeskonferenz der
militärischen Dachverbände**

Der Präsident

Oberst Max Rechsteiner



Frau Bundesrätin
Viola Amherd
Chefin VBS
Bundeshaus Ost, 3003 Bern
alain.anderhub@vtg.admin.ch

1. Juli 2020

Änderung des Bundesgesetzes über die militärischen Informationssysteme MIG

Stellungnahme zu den Vernehmlassungsunterlagen vom Mai 2020

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 20. Mai 2020 haben Sie uns gebeten, zu den titelerwähnten Änderungsentwürfen Stellung zu nehmen.¹ Die Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz und Feuerwehr RK MZF bedankt sich für diese Möglichkeit. Wir erlauben uns, folgende Bemerkungen anzufügen und Empfehlungen zu formulieren:

- **Änderungen werden begrüsst:** Mit den vorliegenden Änderungen werden die notwendigen rechtlichen Grundlagen geschaffen oder angepasst, um die erforderliche Bearbeitung von Personendaten in den Informationssystemen des VBS zu ermöglichen. Die RK MZF begrüsst die vorgesehenen Änderungen.
- **Berücksichtigung des totalrevidierten BZG:** Das revidierte MIG dürfte im Januar 2022 in Kraft treten. Das Eidgenössische Parlament hat am 20. Dezember 2019 das totalrevidierte Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz BZG verabschiedet. Mit dessen Inkrafttreten ist im Januar 2021 zu rechnen. Es empfiehlt sich daher, in den vorliegenden Dokumenten durchgängig die einschlägigen Regelungen des totalrevidierten BZG zu berücksichtigen.
- **Datenaufbewahrung:** Gemäss Art. 17 Abs. 5 sollen die übrigen Daten des Personalsystems der Armee und des Zivilschutzes (PISA) nach der Entlassung aus der Militär- oder Schutzdienstpflicht während längstens fünf Jahren aufbewahrt werden. In einzelnen Fällen reichen diese fünf Jahre nicht aus. Dies beispielsweise bei Durchdienern, die nach der Erfüllung ihrer Militärdienstpflicht ins Ausland umziehen und nach fünf Jahren wieder in die Schweiz zurückkehren. In diesen Fällen werden regelmässig aufwendige Recherchen notwendig. Wir beantragen daher, die Aufbewahrungsdauer gemäss Art. 17 Abs. 5 auf längstens zehn Jahre zu erweitern.

¹ MIG sowie Verordnung über die militärischen Informationssysteme (MIV) und Verordnung über den Nachrichtendienst der Armee (V-NDA).



- **Erweiterung von PISA auf den Zivildienst:** Für die Erhebung der Wehrpflichtersatzabgabe sowie für die Rückerstattung der Ersatzabgabe bei vollständig geleisteter Dienstpflicht wird auf die Daten des PISA abgestellt. Dazu sowie zur Nachführung der Personendaten ist das System Wehrpflichtersatz mit dem PISA über eine Schnittstelle verbunden. Das System ist auf die zeitliche Verfügbarkeit der Daten bis zur vollständigen Leistung der Ersatzabgabe bzw. bei Dienstverschiebungen (Militär- oder Zivildienst) bis nach dem Zeitpunkt der vollständig geleisteten Dienste angewiesen. Leider werden die Dienstleistungen des Zivildienstes, im Gegensatz zum Schutzdienst, noch nicht im PISA nachgeführt. Mittelfristig wäre es aus Gründen der Effizienz zu begrüßen, wenn die Führung der geleisteten Zivildiensttage durch die ZIVI-Stelle ebenfalls über das PISA erfolgen würde. Wir ersuchen Sie darum, eine Erweiterung von PISA auf den Zivildienst gemeinsam mit dem WBF zu prüfen.

Insgesamt ersuchen wir Sie, bei der vorliegenden Revision die Bedürfnisse der Kantone für eine effiziente und sichere Bewirtschaftung der Personendaten aufzunehmen bzw. beizubehalten. So sollen keine Daten unterdrückt oder gelöscht werden, solange sie die Kantone zur Erfüllung ihrer Aufgaben gemäss Art. 1 Abs. 1 Bst a MIG noch benötigen.

Für die Berücksichtigung unserer Anliegen bedanken wir uns.

Mit freundlichen Grüssen

**Regierungskonferenz
Militär, Zivilschutz und Feuerwehr**

Staatsrat Norman Gobbi
Präsident RK MZF

PD Dr. phil. Alexander Krethlow
Generalsekretär RK MZF

Eidgenössisches Departement für Verteidigung,
Bevölkerungsschutz und Sport VBS
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Per E-Mail an Herrn Alain Anderhub, Recht Verteidigung
alain.anderhub@vtg.admin.ch
(In den Formaten *.docx und *.pdf)

Bern, 11. September 2020

Stellungnahme zu den Vernehmlassungsunterlagen betr. Änderung des Bundesgesetzes über die militärischen Informationssysteme MIG

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Amherd
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Schweizerische Offiziersgesellschaft (SOG) bedankt sich vorab für die Möglichkeit, zur Änderung des Bundesgesetzes über die militärischen Informationssysteme MIG Stellung nehmen zu können.

Die SOG begrüsst grundsätzlich die vom Bundesrat vorgeschlagenen Änderungen am Bundesgesetz über die militärischen Informationssysteme (MIG). Damit werden die notwendigen rechtlichen Grundlagen geschaffen oder angepasst, um die erforderliche Bearbeitung von Personendaten in den Informationssystemen des VBS zu ermöglichen.

Die SOG empfiehlt indes, in den vorliegenden Dokumenten durchgängig die einschlägigen Regelungen des totalrevidierten BZG zu berücksichtigen. Darüber hinaus beantragt die SOG, die Aufbewahrungsdauer von Daten auf längstens zehn Jahre zu erweitern. Gemäss Art. 17 Abs. 5 MIG sollen die übrigen Daten des Personalsystems der Armee und des Zivildienstes (PISA) nach der Entlassung aus der Militär- oder Schutzdienstpflicht während längstens fünf Jahren aufbewahrt werden. In einzelnen Fällen reichen diese fünf Jahre nicht aus. Dies beispielsweise bei Durchdienern, die nach der Erfüllung ihrer Militärdienstpflicht ins Ausland umziehen und nach fünf Jahren wieder in die Schweiz zurückkehren. In diesen Fällen werden regelmässig aufwendige Recherchen notwendig.

Im Weiteren ersucht die SOG, eine Erweiterung von PISA auf den Zivildienst gemeinsam mit dem WBF zu prüfen. Für die Erhebung der Wehrpflichtersatzabgabe und für die Rückerstattung der Ersatzabgabe bei vollständig geleisteter Dienstpflicht wird auf die Daten des PISA abgestellt. Dazu, sowie zur Nachführung der Personendaten, ist das System Wehrpflichtersatz mit dem PISA über eine Schnittstelle verbunden. Das System ist auf die zeitliche Verfügbarkeit der Daten bis zur vollständigen Leistung der Ersatzabgabe bzw. bei Dienstverschiebungen (Militär- oder Zivildienst) bis nach dem Zeitpunkt der

vollständig geleisteten Dienste angewiesen. Leider werden die Dienstleistungen des Zivildienstes, im Gegensatz zum Schutzdienst, noch nicht im PISA nachgeführt. Mittelfristig wäre es aus Gründen der Effizienz sinnvoll und zweckmässig, wenn die Führung der geleisteten Zivildiensttage durch die ZIVI-Stelle ebenfalls über das PISA erfolgen würde.

Insgesamt beantragt die RK MZF, bei der vorliegenden Revision die Bedürfnisse der Kantone für eine effiziente und sichere Bewirtschaftung der Personendaten aufzunehmen bzw. beizubehalten. So sollen keine Daten unterdrückt oder gelöscht werden, solange sie die Kantone zur Erfüllung ihrer Aufgaben gemäss Art. 1 Abs. 1 Bst a MIG noch benötigen.

Gerne hoffen wir, dass unsere Überlegungen berücksichtigt werden.

Wir bedanken uns für Ihre Kenntnisnahme und verbleiben

mit freundlichen Grüssen

Schweizerische Offiziersgesellschaft (SOG)

Der Präsident:



Oberst i Gst Stefan Holenstein

Der Generalsekretär:



Oberst a D Olivier Savoy

Von: Rudolf Michael <michael.rudolf@swissgrid.ch>
Gesendet: Mittwoch, 2. September 2020 15:43
An: Anderhub Alain ASTAB
Betreff: Vernehmlassung des Bundesgesetzes über die militärischen Informationssysteme - Swissgrid Rückmeldung

Sehr geehrter Herr Anderhub

Gemäss Art. 148 Abs. 1 Bst. c Ziffer 2^{bis} des Entwurfs des Bundesgesetzes über die militärischen Informationssysteme werden der Swissgrid als nationale Netzgesellschaft Daten des SIBAD (betreffend der personensicherheitsgeprüften Swissgrid Mitarbeitenden) durch Abrufverfahren zur Verfügung gestellt. Wir danken Ihnen für diese Berücksichtigung.

Zu den weiteren Änderungen haben wir keine Anmerkungen.

Freundliche Grüsse
Michael Rudolf

Michael Rudolf
Specialist Regulatory Affairs

T +41 58 580 35 15
M +41 79 340 93 29
michael.rudolf@swissgrid.ch

Swissgrid AG
Regulatory Affairs
Bleichemattstrasse 31
Postfach
5001 Aarau
Schweiz

www.swissgrid.ch

Diese Nachricht und ihre Anhänge enthalten unter Umständen vertrauliche und/oder rechtlich geschützte Informationen, welche durch das Datenschutz und Urheberrecht sowie durch weitere Rechte geschützt und ausschliesslich für den Gebrauch durch den Adressaten bestimmt sind. Falls Sie nicht der Adressat oder berechtigt sind, diese Nachricht für den Adressaten entgegen zu nehmen, ist es Ihnen untersagt, diese Nachricht zu verwenden, zu kopieren, zu speichern, bekannt zu geben, weiter zu verbreiten, weiter zu leiten oder gestützt auf diese Nachricht Massnahmen zu ergreifen. Sollten Sie diese Nachricht irrtümlich erhalten haben, bitten wir Sie, den Absender umgehend hierüber zu orientieren und diese Nachricht mit allen Anhängen auf jedem Computer unwiderruflich zu löschen. Besten Dank.